

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7676.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die Leihgepaltene Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Berathungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Karnspracher: Rint 1, Nr. 1606.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 30. März 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Rußlands Erfolge in Ostasien.

Rußland hat nunmehr auch offiziell den übrigen Mächten von seiner Uebereinkunft mit China Mitteilung gemacht. Es wird dadurch endgültig bestätigt, was bisher gemeldet wurde. Nur in einer Beziehung weicht das russische Communiqué ab von den bisherigen Nachrichten und zwar in einer sehr wichtigen Angelegenheit, aus welcher leicht weitere bedeutsame Komplikationen entstehen könnten. Dies ist die Thatsache, daß Port Arthur nicht als offener Hafen erklärt wird.

Rußland erhält Port Arthur und Talienvan. Schon ist die russische Flagge neben der chinesischen in Port Arthur aufgehisst. Und wie wenig die chinesische Flagge in Wirklichkeit noch bedeutet, zeigt der bereits erfolgte Abzug aller chinesischen Truppen aus der Hafensektung. Russische Truppen sind an deren Stelle getreten; Kanonen, Kohlen, Munition werden ausgeladen; Aenderungen der Befestigungen werden vorbereitet.

Außer Port Arthur und Talienvan sind auch „die anliegenden Gebiete“ Rußland zur „Anniektion“ abgetreten worden. Welchen Umfang diese anliegenden Gebiete haben, wird nicht mitgeteilt, ist auch einigermaßen nebensächlich, da es außer Zweifel steht, daß Rußland nicht nur jene beiden Häfen, sondern tatsächlich ganz Nord-China beherrschen wird. Wird doch auch die Gewährung des Baues einer Eisenbahnlinie von Port Arthur bis zum Anschluß an die große transsibirisch-mandschurische Bahn endgültig bestätigt.

Das Communiqué des Ministers des Auswärtigen, Murawjew, an die russischen Vertreter im Auslande schließt also:

„Sie können gleichzeitig den Minister der auswärtigen Angelegenheiten davon unterrichten, daß der Hafen von Talienvan für den fremden Handel offen sein wird und daß die Schiffe aller befreundeten Nationen daselbst die weitgehendste Gastfreundschaft finden werden.“

Wenn der Hafen von Talienvan ausdrücklich als offener Hafen bezeichnet wird, so liegt in dieser Mitteilung ein geschlossenes, daß Port Arthur nicht offen sein soll. Mit der Schließung Port Arthur's für nicht-russische Schiffe schlägt aber Rußland aller bisherigen Handelspolitik der europäischen Mächte in China ins Gesicht. Wohl hat Port Arthur, wenn die benachbarte Bai von Talienvan geöffnet ist, keine besondere Wichtigkeit für den Handelsverkehr, aber die Sperrung erscheint aus prinzipiellen Gründen von großer Tragweite. England ist verwirrt und mühsam den Schmerz über den Anheimfall des chinesischen Nordens unter die russische Oberhoheit und suchte sich bisher auf die Linie der „Offenen Thore“ zurückzuziehen. Die Forderung der „Offenen Thore“ ist das A und O der ostasiatischen Politik Englands. Verlezt jetzt die russische Regierung diese Grundlage des bisherigen europäischen Vorgehens in China, so heißt das nichts anderes, als England den Fehdehandschuh hinwerfen.

Ob die britische Regierung diesen Fehdehandschuh aufnehmen wird? Ohne Zweifel wird die Erregung der englischen Presse weiter wachsen. Und der schneidende Hohn, mit dem Rußland die Mitteilung seiner Erfolge in China im amtlichen „Regierungsbote“ begleitet, dürfte die englische Erbitterung auf den Siedepunkt treiben. Diese Art, wie Rußland die übrige Welt auffordert, sich mit seiner rücksichtslosen Eroberungs- und Vergewaltigungs-Politik abzufinden, ist auch wirklich ein Musterstück diplomatischer Heuchelei. Der „Regierungsbote“ schreibt nach Aufzählung der chinesischen Bewilligungen:

„Dieses Abkommen ist eine direkte und natürliche Folge der zwischen den beiden großen Reichen, deren Bestrebungen zum besten ihrer Völker darauf gerichtet sein müssen, auf der ganzen ungeheuren Strecke ihrer Grenzbesitzungen die Ruhe aufrechtzuerhalten, bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Die Thatsache, daß Häfen und Länder eines befreundeten Staates von russischen Streitkräften friedlich besetzt werden, beweist in evidentester Weise, daß die chinesische Regierung die wahre Tragweite dieses Abkommens wohl zu würdigen gewußt hat. Unter Wahrung der Integrität der Souveränitätsrechte Chinas und in Befriedigung der unerlässlichen Bedürfnisse Rußlands als Grenzmacht berührt dieses Abkommen die Interessen keines Staates, sondern giebt im Gegenteil allen Völkern der Erde die Möglichkeit, in naher Zukunft mit den Küstengegenden des Gelben Meeres, die ihnen bisher verschlossen waren, in Verbindung zu treten. Die Eröffnung des Hafens von Talienvan für die Handelsschiffe aller Nationen wird für den Handel und die Industrie einen neuen, sehr ausgedehnten Markt im äußersten Osten schaffen dank der großen transsibirischen Eisenbahnlinie, die infolge des zwischen Rußland und China getroffenen Uebereinkommens berufen sein wird, in Zukunft die äußersten Punkte der beiden Kontinente der alten Welt zu verbinden. Das in Peking unterzeichnete Uebereinkommen hat also für Rußland einen hohen historischen Wert und muß für alle die, welchen die Wohlfahrt des Friedens und die Entwicklung der guten Beziehungen unter den Völkern am Herzen liegen, als ein glückliches Ereignis ausgenommen werden.“

Eitel Friedlichkeit und Völkerliebe sind danach die Motive Rußlands. Der chinesischen Regierung kann man so etwas wohl bieten; in völliger Ohnmacht muß sie zum Schaden den Spott fügen lassen. Aber die westeuropäischen Völker wissen, daß dieses „glückliche Ereignis“ eine sehr bedenkliche Zukunftsgefahr in sich schließt. Die riesige Mehrung seiner Macht, welche Rußland im fernem Osten gewinnt, kann gar leicht auf die Kultur Westeuropas höchst schädlich zurückwirken. Vom russisch-nationalen Standpunkt aus ist das Verlangen, an

den Stillen Ocean zu gelangen, sehr begreiflich. Die neuen Eroberungen am Gelben Meere dürften für die Zukunft des russischen Weltreiches von großer Bedeutung werden. Aber auch nur für die russische Zukunft, nicht für die anderen Völker. Denn das monopolistische, schutzöllnerische, halbasiatische Reich wird trotz aller schönen Versicherungen, die es jetzt giebt, die Handelsentwicklung der rivalisierenden Staaten nicht fördern wollen. Die Sperrung Port Arthur's, welcher den Zugang in den Golf von Petchili und zur Hauptstadt Peking beherrscht, bildet den Anfang der „weitgehenden Gastfreundschaft“ Rußlands.

Troydem hat es nicht den Anschein, als ob Englands Erregung sich in ernste Thaten umsetzen sollte. Das englische Kabinet wird sich, wie ungeru und großend auch immer, auch diesen neuesten Schlag Rußlands gefallen lassen. England wird sich vielleicht, wie seit längerer Zeit vermutet wird, durch Befestigung des Ichnsan-Archipels, welcher Shanghai und die Einfahrt in den Jangtse beherrscht, zu entschädigen suchen. Wenn dazu die französischen Forderungen in Sibirien bewilligt werden, so würde die Aufteilung des Reiches der Mitte in „Interessensphären“ der europäischen Staaten noch schneller vor sich gehen, als je erwartet werden konnte.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 29. März.

**Aus dem Reichstage.** Die Majorität der Abgeordneten hat bereits die Osterferien angetreten, so daß nur vor den paar Plahhaltern die dritte Lesung des Etats begann. Dieselbe setzte sofort mit der Detailberathung ein.

Der sächsische Militärbefehlshaber am Bundesrath glaubte die Angriffe auf das sächsische Kriegsministerium zurückweisen zu müssen, die in der zweiten Lesung, wegen Nichtbeachtung der Wünsche der Militärarbeiter (Sattler) von dem Abgeordneten Bebel vorgebracht worden sind. Der Abg. Merbach schloß sich ebenfalls dem an, die sächsischen Militärfabrikanten zu verteidigen. Bebel antwortete beiden Herren, während Kruert ankündigte, daß er beim Etat des Kriegsministeriums auf den Fall zurückkommen werde. Das Zentrum hatte einen Antrag eingebracht, wonach die Geschäftsordnungs-Kommission beauftragt wird, die Frage zu prüfen, ob bei der Behandlung der Petitionen die Unterzeichner der letzteren nicht mehr als bisher zu schützen sind. Dr. Lieber begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die Bestrafung der reichsländischen Eisenbahn-Beamten, weil sie in ihren Eingaben ein paar harte Wendungen gebrauchten.

Graf von Roon und Herr von Stumm waren natürlich gegen den Antrag. Denn beim Wahl- und Petitionsrecht schwärmen diese Herren für weitgehendste Öffentlichkeit, die sie bei der Steuerdeklaration und im Militärprozess auf tiefste verwünschen. Mit diesen Reaktionen war Graf von Posadowsky natürlich ein Herz und eine Seele. Für den Antrag sprachen noch Singer und Ricker, worauf er angenommen wurde.

In die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen wurde der Antrag unserer Fraktion bezüglich der Berichtigung der Gewerbe-Ordnung durch den „Reichs-Anzeiger“.

Stadthagen begründete den Antrag, zu dem Herr v. Stumm den Gegenantrag stellte: „Der Reichstag möge unter Ablehnung des Antrages Auer und Genossen nachträglich seine Zustimmung zu der im „Reichs-Gezetzblatt“ von 1898, Nr. 7, S. 33 veröffentlichten Nichtigstellung des letzten Absatzes des Artikels 138a der Gewerbe-Ordnung erteilen.“

Für dieses summarische Verfahren des Reunirten Selbstherrschers war aber der Reichstag nicht zu haben, sondern er verwies die Angelegenheit fast einstimmig an die Kommission.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen brachte der Vertreter für Frankfurt a. M., Genosse Schmidt, noch eine Beschwerde über den Generalkonsul in Sofia vor, der sich beim Bahnbau in Bulgarien verunglückter deutscher Arbeiter nicht in genügender Weise angenommen hat.

Beim Etat des Reichsamts des Innern wurden die Verhandlungen auf morgen 12 Uhr vertagt.

Das preussische Abgeordnetenhause hat heute die dritte Etatsberathung fortgesetzt und alle Etats mit Ausnahme des Kultus-etats erledigt. Eine längere Debatte entspann sich nur bei den Etats des Ministeriums des Innern und der landwirtschaftlichen Verwaltung, die den Abg. Szmula (Z.) Gelegenheit zu heftigen Vorwürfen gegen die Regierung gaben, weil diese die bereits vor Wochen eingebrachte Interpellation des Zentrums über die ländliche Arbeiter- und Gefindenothe immer noch nicht beantwortet hat. Bekanntlich hat die Regierung damals erklärt, sie müsse erst weitere Berichte einholen und könne erst, wenn diese vorliegen, zu der Frage Stellung nehmen. Inzwischen sind nun die Berichte wohl eingegangen, denn der Minister erklärte sich am ersten Tage nach den Osterferien, am 19. April, zur Beantwortung der Interpellation bereit. Das genügt aber dem Zentrumsagrarier Szmula nicht, ihm scheint jede Stunde, in der er an der Ausdeutung der Landarbeiter gebindert wird, eine verlorene zu sein, und er drängt deshalb die Regierung zu schleunigen Maßnahmen in der von ihm gewünschten Richtung. Recht erbaulich war es, mit anzuhören, wie er der Regierung vor Augen hielt, daß sie den Landwirthen, die gestern im Reichstage die die Landwirtschaft schädigende Marinovorlage angenommen haben, zu Dank verpflichtet sei und ihnen deshalb mehr als bisher entgegenkommen müsse. Die Kosten für dieses „Entgegenkommen“ haben natürlich die Arbeiter zu tragen, sei es, daß die notwendigen Lebensmittel den Agrariern zu liebe noch mehr verteuert werden, sei es, daß der Wunsch der Agrarier auf möglichste

Ausbeutung fremder Arbeitskräfte erfüllt und so der Lohn der heimischen Arbeiter heruntergedrückt wird.

Wie der Abg. Szmula im Interesse der Agrarier, so verlangte der Abg. Müller (natl.) im Interesse der Großindustrie des Westens Aufhebung oder Milderung der Bestimmungen über den Aufenthalt polnischer Arbeiter. Zum mindesten forderte er Ausnahmegestimmungen für bestimmte Industriezweige. So offen wie heute ist das Evangelium der Ausbeutung fremder Arbeiter selbst von diesem Typus eines kapitalistischen Unternehmers noch niemals gepredigt worden.

Morgen steht der Rest des Etats in dritter Lesung und die Vorlage betr. Erhöhung der Gehälter der evangelischen und katholischen Geistlichen in erster Lesung auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus nahm heute nach kurzer Debatte den Gesetzentwurf betreffend Erhöhung des Grundkapitals der preussischen Zentral-Genossenschaftskasse an und wandte sich sodann zu der Berathung der Vorlage betreffend Verdoppelung des Ansiedlungsfonds gegen die Polen. Hierbei richteten die Polen v. Koscielski und Fürst Radziwill heftige Angriffe gegen die von der Regierung gestülte Polenpolitik, die nur dazu diene, die Gemüther zu erbittern, und die nicht die polnische Nationalität vernichten, sondern höchstens den preussischen Staat gefährden könne. Dr. v. Miquel, der im Abgeordnetenhause in lehrer Zeit so wüthend gegen die Polen gemettert hatte, war heute ausnahmsweise zurückhaltend. Bemerkte sei, daß Herr v. Koscielski, mit dem Meinonen Admiralski, ausdrücklich die Stellung seiner Freunde im Reichstage zu der Marinovorlage mißbilligte. Der Entwurf wurde selbstredend mit großer Mehrheit angenommen und die Denkschrift betr. die Förderung der deutschen Ansiedlungen in Westpreußen und Polen durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

Das Haus tritt erst am 26. April zur Berathung des Etats wieder zusammen.

Der Kaiser freut sich offenbar sehr über die Annahme des Flottengesetzes. Zum Dank hat er den Staatssekretär Tirpitz zum preussischen Staatsminister ernannt und mehreren anderen Offizieren des Reichs-Marineamtes, welche an der Durchführung des Flottengesetzes theilhaftig waren, Ordensauszeichnungen zu theil werden lassen.

Wir müssen uns wundern, daß nicht die Herren Dr. Lieber, Gröber etc. mit Orden und Ehrenzeichen bedacht worden sind, denn deren Verdienst um das Flottengesetz ist doch wahrlich größer als dasjenige des Staatssekretärs Tirpitz und seiner Offiziere. Nun, wir zweifeln nicht, die Belohnungen für die Zentrums-Admiralski werden noch kommen und werden werthvoller sein als ein Orden und eine Rangeserhöhung.

Einen denkwürdigen Tag nennt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den 28. März 1898, weil an ihm das Flottengesetz angenommen worden ist. Auch uns erscheint dieser Tag als ein „denkwürdiger“, das heißt als ein solcher, an den das deutsche Volk noch lange und noch oft zu denken haben wird.

Das offiziöse Blatt feiert den Sieg der Regierung in allen Tönen der Ueberschwenglichkeit. Der deutsche Steuerzahler wird aber von diesem „denkwürdigen Tage“ her seine weitere Beschränkung mit den lastenbsten Steuern datiren. Das deutsche Volk wird von diesem Tage an die weitere Beschränkung der spärlichen Rechte seiner obersten Vertretungslörperschaft rechnen müssen.

Und endlich wird von diesem „denkwürdigen Tage“ an das Boranmarschiren Deutschlands in den maritimen Welt-rüstungen der „Kulturnationen“ verzeichnet werden.

Wie lange wird der „Vorsprung“, den wir mit dem Tirpitz-Gesetz zur See gewonnen zu haben glauben, wirken? Rußland, Frankreich, England rüsten doppelt und dreifach. Selbst aus Oesterreich-Ungarn kommt jetzt schon die Nachricht, daß auch dieser Staat, der noch mehr binnenländisch als Deutschland, einen großen Kredit von den Delegationen fordern will, „damit die österreichisch-ungarische Kriegsmarine mit den Flotten der anderen Großmächte annähernd gleichen Schritt halte“. Das sind die nächsten Wirkungen des „denkwürdigen Tages“.

Ehe noch die neu bewilligten Panzerschiffe in Deutschland fertig gestellt sein werden, werden die guten Nachbarn mindestens um so viele auch ihre Seemacht vermehrt haben, daß das Stärkeverhältnis genau das gleiche sein wird wie jetzt. Dann wird die „Nordd. Allg. Ztg.“ dem jetzigen „denkwürdigen Tage“ weitere denkwürdige, weit noch denkwürdigere, weit noch höhere Kriegsschiffsbewilligungen bringende Tage anreihen können.

Die Revision des sächsischen Vereinsgesetzes. In Sachsen ist es durch die Einführung des Dreiklassen-Wahl-systems dahin gekommen, daß die konservative Partei die ungeschränkte Alleinherrschaft führen kann. In der ersten Kammer des Landtags saßen schon früher fast ausschließlich konservative Leute. Jetzt hat auch in der zweiten Kammer die konservative Partei die absolute Mehrheit. Die National-liberalen, welche die Zerstörung des besseren Wahlrechts mitgemacht hatten, sind völlig an die Wand gedrückt. Und selbst die Regierung ist vollständig den Diktaten der Mehrheit und Opij unterworfen. Was die Konservativen nicht wollen, kann die Regierung nicht durchführen. Selbst an der Erfüllung ihrer früher gegebenen Versprechungen wird sie gehindert.

So beharren die Konservativen auf ihrer Absicht, die Aufhebung des Koalitionsverbots der Vereine nicht ohne Kompensationen zu lassen zu wollen. In dem jetzt erschienenen Bericht der betreffenden Deputation beantragt die national-liberale Minderheit, die Regierungsvorlage unverändert an-



zunehmen. Die konservative Mehrheit jedoch beantragt folgenden neuen § 5A:

Personen weiblichen Geschlechts und Minderjährige ist die Theilnahme an Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert werden sollen, verboten. Dieses Verbot bezieht sich hinsichtlich der volljährigen Personen weiblichen Geschlechts nicht auf solche Versammlungen, die lediglich für die Erörterung der besonderen Berufs- und Standesinteressen der Frauen bestimmt sind. Vor dem Beginn einer jeden solchen Versammlung der unter Absatz 1 und 2 gedachten Art sind deren Veranstalter oder Leiter gehalten, eine entsprechende Aufforderung sich zu entfernen, an die etwa anwesenden Personen zu richten, denen die Theilnahme an der betreffenden Versammlung nicht gestattet ist. Das Gleiche hat, und zwar spätestens auf Verlangen der Abgeordneten der Polizeibehörde zu geschehen, wenn eine zu einem anderen Zweck eintreffende Versammlung den Charakter einer solchen annimmt, an der die in Absatz 1 bezeichneten Personen nicht teilnehmen dürfen.

Dieser Antrag erfüllt nicht einmal die nöthige redaktionelle Klarheit. Im ersten Satze sollen Frauen und Minderjährige aus politischen Versammlungen fernbleiben; im zweiten Satze wird den Frauen, aber nicht den Minderjährigen, die Erörterung von Berufs- und Standesinteressen gestattet. Wie ist es da bei solchen Erörterungen mit den Minderjährigen? Welch' offenkundiger Widerspruch!

Ueber den unreaktionären Charakter des konservativen Antrages ist kein Wort mehr nötig. Es fragt sich nur, ob die sächsische Regierung jetzt die ganze Vorlage fallen läßt oder wirklich vor den konservativen Abenteurern völlig abzubauen bereit sein wird. Will sie dies, so sollte der sächsische König sein demnächstiges Regierungsjubiläum doch dadurch verschönern, daß er allsorglich den Herrn Opitz zum Justizminister und den Hofrath Mehner an die Stelle des Herrn v. Meisch ernannt.

Die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien hat sich nun gemindert. Das spanische Ministerium ist jetzt, wo die Deputirtenwahlen verüber sind und bloß noch die minder gefährdeten Senatswahlen, die am 10. April stattfinden, ausstehen, zu größeren Zugeständnissen an die Kubaner und die Vereinigten Staaten bereit, und auch in der Union scheint die Stimmung sich zu beruhigen.

Es liegen die folgenden Meldungen vor:

Der Bericht der Untersuchungskommission über den „Maine“-Anfall wurde gestern den beiden Häusern des Kongresses vorgelegt. Zugleich ging dem Kongress eine Volschaft des Präsidenten McKinley zu. Diese wirft zunächst einen Rückblick auf den Verlauf der Angelegenheit und den freundschaftlichen Meinungsaustausch, der zu dem Besuche der „Maine“ in Havana und der „Vidcaya“ in New-York führten und weist auf die gute Wirkung hin, welche diese Wiederannäherung des Austausches freundschaftlicher Besuche gehabt hatte. Die Volschaft bespricht sodann die mit der „Maine“-Explosion im Zusammenhang stehenden Einzelheiten; sie erwähnt die übermäßige Aufregung, die in den Vereinigten Staaten hervorgerufen worden sei, die indessen bald dem Entschlusse Platz gemacht habe, in Ruhe Beweis abzuwarten, ehe man über die Angelegenheit aburtheile. Die Untersuchungskommission habe ihre Nachforschungen mit großer Sorgfalt angestellt. Die Volschaft giebt sodann den Bericht im Auszuge wieder; darin heißt es, die „Maine“ sei durch einen regelrechten Regierungsschiffen zu ihrer Boje im Hafen von Havana geleitet worden; ferner werden die entstandenen Schäden beschrieben, die lediglich einer Minenexplosion zugeschrieben werden könnten. Sodann zählt die Volschaft die bereits gemeldeten Schlussfolgerungen des Kommissionsberichtes auf und fährt danach fort: Ich habe Anweisungen erteilt, daß der Wahrspruch der Untersuchungskommission und die Anschauungen der Regierung der Regierung Ihrer Majestät der Königin-Regentin mitgetheilt werden. Ich gestalte mir nicht, daran zu zweifeln, daß der Gerechtigkeitsinn der spanischen Nation den durch die Ehre und die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen empfohlenen Weg des Vorgehens bezeichnen wird. Das Ergebnis wird dem Kongresse mitgetheilt werden. Zugleich fordere ich den Kongress zu bestimmter Beschlußfassung auf. Sowohl vom Senate als vom Repräsentantenhause wurden die Volschaft und der Kommissionsbericht ohne Debatte an den Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten verwiesen.

In Washington wird berichtet, daß Spanien zu erheblichen Zugeständnissen bereit sei und selbst einer Zurückziehung seiner Truppen aus Kuba zustimmen würde, unter Bedingungen, die, selbst wenn auch für die Vereinigten Staaten nicht gänzlich zufriedenstellend, doch liberaler und verständlicher als die bisher in Vorschlag gebrachten seien und dem Wunsche nach Abwendung des Krieges offenen Ausdruck verliehen.

Nach einer Depesche der „Ball-Mall-Gazette“ aus New-York nimmt Spanien die Vorschläge Mac-Kinley's, nämlich die Herbeiführung eines Waffenstillstandes auf Kuba bis Oktober an. Inzwischen werden die Vereinigten Staaten an die „Reconstruccion“ Unterhandlungen vertheilt. Der Bericht über die Katastrophe der „Maine“ wird auf unbestimmte Zeit in den Händen des Kongress-Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten verbleiben.

Der spanische Gesandte hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten gebeten, keine Entscheidung zu treffen, bis die Vorschläge Spaniens zu einer endgültigen Lösung der kubanischen Frage ihm unterbreitet worden seien.

China. Außer den im Leitartikel verzeichneten Mittheilungen über den Gang der Dinge in China liegen noch die beiden nachfolgenden Meldungen vor: Der Pariser „Politique Coloniale“ zufolge erhielt Admiral Beaumont, Kommandant des asiatischen Geschwaders, besondere Instruktionen betreffend die Insel Hainan. „Daily Chronicle“ glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß eine private Gebietsüberlassung von vermuthlich ansehnlichem Werthe seitens der chinesischen Regierung an englische Kapitalisten erfolgt sei. Die Konzeption soll 10 000 Quadratmeilen umfassen, die in der Provinz Schansi liegen. Die Provinz Schansi umfaßt das Gebirgs- und Hochland östlich der Provinz Petchili und ist in ihren südöstlichen Strichen überaus reich an Kohlen- und Erzlagern.

### Deutsches Reich.

Der „Kölnische Volkszeitung“ poßt es nicht, daß wir die Gefahren, welche dem deutschen Volke von einer Herrschaft der Zentrumsparthei drohen, in unserem Leitartikel vom Sonntag eindringlich geschildert haben. Es sei unwohl, so antwortet uns das rheinische Blatt, „daß das Centrum das Scheitern des Umsturzes am meisten beklagt hat“. Soll dies Wortlaut sein? Oder will die „Kölnische Volkszeitung“ ernsthaft die klägliche Haltung ihrer Partei bei jenem Versuch, jegliche Freiheit in Schrift und Wort zu unterdrücken, ableugnen? Wollte sie dies, so wäre es ein gutes Zeugniß dafür, daß es ihr an Scham nicht fehlt. Aber die Thatfachen muß sie trotzdem stehen lassen; gegen unser charakteristisches Zitat der Hochmuth Rede des Herrn Dr. Lieber kann sie auch kein Wort anführen. Unseren Hinweis auf die höchst gefährlichen Absichten der Zentrums-Dunkelmänner in der Schlußfrage sucht ferner die „Köln. Volkszeitung“ mit der sehr wenig glücklichen Gegenbemerkung zu entkräften, ob eine Schule besser sei, in der der Arbeiter ein obligatorischen Unterrichtsgangsbildet. Mit solcher abgeschmackter sollte ein Blatt wie die „Köln. Volkszeitung“ nicht aufwarten; es beweist damit nur seine Verlegenheit gegenüber der seiner Partei gemachten berechtigten Vorwürfe. Schließlich singt die „Köln. Volkszeitung“ noch ein Loblied auf die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums. Es wäre ein Leichtes, wenn es das Zentrumsblatt wünscht, ihm in Hülle und Fülle die Gelegenheiten, welche das Centrum verpaßt hat, und die Fälle, wo es sich bei Fragen des Arbeiterkampfes in ganz ungenügender Weise verhalten hat, aufzuweisen. Wir brauchen

außerdem doch nur an die jämmerliche Haltung dieser Partei in der Angelegenheit der Aufhebung des Koalitionsverbots der Vereine zu erinnern, und wenn das Gedächtniß der „Kölnischen Volkszeitung“ schwach geworden ist, an ihre jeizige Haltung zum Flottengesetz.

Die „Kölnische Volkszeitung“ ganz im speziellen sollte recht vorsichtig mit dem Wort sein. Sie, die vor kurzem noch dem kirchlichen Flottengesetz gar keinen Geschmack abgewinnen konnte, hat sich jetzt schon völlig über dieses Attentat auf die Volksrechte und den Volksadel beruhigt und thut, als ob nichts geschehen wäre.

Eudlich schließt die „Kölnische Volkszeitung“ ihre Abwehr mit den Worten: „Am allerwichtigsten wird es der Sozialdemokratie gelingen, das Centrum auf dem Sattel zu heben...“ Das Blatt mag den Samen und sich selbst in solcher Weise Muth zusprechen versuchen. Wir wissen nur zu gut, daß thatsächlich die Furcht vor den Wahlen und vor der Sozialdemokratie in den Zentrumskreisen sehr groß ist.

Der Riß im Centrum. Aus Köln wird telegraphisch: Die „Köln. Volkszeitung“ veröffentlicht, nach der „Amberger Volkszeitung“, ein von einem Reichstags-Abgeordneten an letzteres Blatt gerichtetes Schreiben, laut welchem demnach in München eine Besprechung der bayerischen Zentrums-Abgeordneten des Landtages und des Reichstages stattfinden soll, um die Frage zum Ausdruck zu bringen, ob die bayerischen Zentrumsmitglieder fernherhin noch dem Centrum angehören sollen.

Der nationalliberale „allgemeine“ Deutscherentwurf ist nun zum dritten Male verschoben worden. Er soll nun am 1. Mai stattfinden. Wird eine recht traurige Maßfeier werden.

Ein Sieg der Sammlungspolitik würde auch das Bestehen unserer Goldwährung und damit den äußeren und inneren Kredit des Deutschen Reiches bedrohen. Dies sieht man aus einer gegen die „Nordd. Allg. Zig.“ gerichteten Notiz der „Köln. Korr.“. Das offizielle Blatt hatte das gründliche Buch Dr. Geffers: „Die Reform des deutschen Geldwesens“ eingehend in einer Nummer besprochen. Was entsetzt schreibt dazu die „Köln. Korr.“:

Wir wollen aber gern annehmen, daß der bezügliche Artikel den Anschauungen der Regierungskreise, denen wir die unmittelbare Leitung der Reichsbank doch wohl nicht zurechnen dürfen, vollkommen fern steht. Wäre diese Annahme nicht zutreffend, so läge in der jüdischen Behandlung der Währungsfrage allerdings eine eigenartige „Politik der Sammlung“. Den leitenden Regierungskreisen ist es zweifellos nicht unbekannt, daß die gesammten konservativen Parteien, sowie eine erhebliche Mehrheit des Zentrums, also diejenigen staatsverhaltenden Parteien, welche berufen sind, in den wirtschaftlichen Fragen ein entscheidendes Wort zu sprechen, auf dem Boden der bimetalistischen Bestrebungen stehen, gleichviel, ob die Lösung der Währungsfrage der allernächsten oder einer späteren Zukunft angehört.

Je offener die Sammlungspolitik sind, desto leichter wird dem deutschen Volke die Entscheidung bei den Wahlen werden.

Eine dringende Reform der Bergpolizei wird nun endlich geplant. Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben:

Die Staatsregierung ist seit einiger Zeit der Frage näher getreten, ob nicht der Versuch zu machen sei, diejenigen Privatregalberechtigten, welche zur Zeit noch selbständig die Bergpolizei durch eigene Angestellte ausüben, zum Verzicht auf diesen Theil ihrer auf dem Bergregal beruhenden Befugnisse zu bewegen. Die Verhandlungen sind noch in der Schwebe.

Unser Leser werden sich erinnern, daß wir wegen Beleidigung des damaligen Handelsministers v. Berlepsch, des Schwiegersohnes des reichsten preussischen Bergwerksbesizers Theile-Winkler, wegen Kritik dieser eines modernen Staatswesens unwürdigen Verhältnisse zu einer ganz erheblichen Geldstrafe verurtheilt wurden.

Der preussische Justizminister hat auf die Vorstellung einer Handelskammer die Veröffentlichung der Namen von solchen Personen, welche den Offenbarungseid geleistet haben, abgelehnt, dahingegen sich damit einverstanden erklärt, daß dem hervorgetretenen Bedürfnisse dadurch Rechnung getragen werde, daß bei den betreffenden Gerichten eine Liste der Manifestanten geführt und gegebenenfalls Auskunft über dieselben erteilt werde.

Chronik der Eisenbahnunfälle. Aus Glöckstadt wird amtlich gemeldet: Heute Morgen gegen 9 Uhr sind bei der Einfahrt des gemischten Zuges 602 von Brift in den Bahnhof Zehoe zwei Personenwagen entgleist und nicht unerheblich beschädigt worden, wobei einer Dame die rechte Hand abgequetscht wurde. Weitere Personen haben nennenswerthe Verletzungen nicht erlitten. Die Ursache des bedauerlichen Unfalls ist mit Sicherheit noch nicht festgestellt.

Ein verheuerer „Bräufewitz“. Aus Bernburg wird uns geschrieben: Ein Ruffen erregender Fall hat sich am Montag früh 3/4 Uhr hier zugetragen. Die Bewohner des Hauses Thurnweg 2 wurden häufig des Nachts im Schlafe durch bestiges Klappern an der Thür gestört. Es wurden schon die Fensterstößen eingedrückt und die Laden ausgehoben. Ursache hierzu gab der Umstand, daß bis vor Jahresfrist in dem Hause eine Prostituirte wohnte, die aber verjagen ist, was vielen von den sie Besuchenden unbekannt sein mußte. In den meisten Fällen entfernten sich dieselben unter Entschuldigungen, sobald sie von den Bewohnern des Hauses auf die veränderten Verhältnisse aufmerksam gemacht wurden. Anders lag die Sache in dem vorliegenden Falle. Als die jetzt dort wohnende Frau, durch das bestige Klappern benommen, mit der Lampe in der Hand die Thür öffnete, stand ein Offizier in der Thür. Die Frau fragte, was er hier in der Nacht wolle, worauf der Jünger des Mars ihr mit nicht mißzuverstehender Weise seine Absicht kundgab. Als die Frau ihm angeheißt der oft vorkommenden nächtlichen Störungen in etwas derber Weise seine Handlungsweise vorwarf, schlug der Offizier der Frau mit der Faust ins Gesicht. Die Frau rief nach ihrem Mann; dieser, ein Arbeiter, sprang barfuß, nur mit Hemd und Hose bekleidet, heraus und stellte den Offizier zur Rede, wie er sich unterstehen könnte, seine Frau zu mißhandeln. Die Antwort darauf war ein wichtiger Schlag ins Gesicht. Nunmehr entspann sich in der Dunkelheit ein ernstes Ringen. Der Offizier suchte den Degen zu ziehen. Mit Mühe gelang es dem Arbeiter, den ihm an Körperkräften bedeutend überlegenen Gegner zu Fall zu bringen. Auch am Boden im tiefen Schmutz dauerte das Ringen fort, bis es dem Arbeiter gelang, den Offizier vollständig kampfunfähig zu machen. Der Arbeiter begab sich hierauf, den Degen des Offiziers mitnehmend, in seine Wohnung, schickte aber den Degen sofort wieder hinaus, als er sah, daß ihm eine Gefahr seitens des Offiziers nicht mehr drohte. Der Offizier wurde ungefähr eine Stunde später in einer Drofskale in das Kreis-Krankenhaus überführt. Wie verlautet, soll er sich beim Ringen einen Beinbruch zuzufügen haben. Hüllos auf der Straße liegend, rief er den Aufseher: Lieber hätten sie mich können todtschlagen, dann wäre mir die Schmach erspart geblieben. Der Arbeiter, sowie sämtliche Bewohner des Hauses sind polizeilich vernommen worden. Der Offizier ist der frühere Bernburger Bataillonsadjutant Lieutenant v. Poppel v. Prawomsky, welcher jetzt in Dessau in aktivem Dienst ist.

Dresden, 28. März. (Sig. Ber.) Die Reform der direkten Steuern, wie sie die Regierung vorschlägt, dürfte am Widerstand der konservativen Partei endgültig scheitern, welche sich mit einer einigermaßen scharfen Vermögenssteuer nicht befreundet will. Scheitert aber die Reform, dann würden die Mehrbedürfnisse bis auf weiteres durch Zuschläge zur Einkommensteuer gedeckt werden müssen. Dann haben die Geldsackparteien erreicht, daß auch die kleinsten steuerbaren Einkommen bis zu 500 M. hinab durch die Mehrbelastung getroffen werden.

Die Errichtung eines Verwaltungs-Gerichtshofes, wie ihn die Regierung wünscht, ist ebenfalls in Frage gestellt. Die Majorität der ersten Kammer hat sich nicht überzeugen

lassen, daß die Vorlage einem „wirklichen Bedürfnisse“ entspricht. Hauptsächlich kommt man sich gegen die Errichtung eines Ober-Verwaltungsgerichtes, an welchem aber die Regierung, da gerade dieses die Grundlage ihrer Vorlage bildet, festhalten will. Eine Minderheit der Kammer, unter Führung des Oberbürgermeisters Beutler in Dresden hat nun andererseits beantragt, die Regierung soll unter Berücksichtigung bestimmter vorgeschlagener Gesichtspunkte dem nächst en Landtage eine neue Vorlage machen.

So erleben wir denn in Sachsen das schöne Schauspiel, daß die wichtigsten Regierungsvorlagen (zu den obigen kommt die Vereinsgesetz-Vorlage) an dem Widerstand hauptsächlich der konservativen Mehrheit des Landtages scheitern.

Dresden, 28. März. (Sig. Ber.) Landtag. Die zweite Kammer beizt heute u. a. über den Etat der beiden Regierungsblätter „Leipziger Zeitung“ und „Dresdener Journal“. Die „Leipziger Zeitung“ weist eine Mindereinnahme von 20 000 M. auf, die durch die Konkurrenz der billigen Blätter verursacht sein soll; sie weist nur noch 3500 M. Ueberschuß auf. Das „Dresdener Journal“ weist einen Zuschuß von 60 000 M. auf. Die Finanzdeputation will trotz dieser ungünstigen Ergebnisse von einer Verschmelzung beider Blätter absehen. Auf Vorschlag des Genossen Goldstein werden beide Etats gemeinsam beraten. Goldstein erwartet einen noch weiteren Rückgang der „Leipziger Zeitung“, nicht nur aus Gründen der Konkurrenz, sondern auch aus Gründen der Polemik gegen Andersdenkende. Die „Leipziger Zeitung“ sei nicht, wie sie es sein sollte, ein parteiloses Regierungsblatt, sondern ein politisches Parteiblatt, das sogar das allgemeine, gleiche Wahlrecht des Reichstages angegriffen habe. Gegen die Arbeiterbewegung sei sie überaus gehässig. Sozialdemokratische Reichstagsreden würden parteilich gefälscht oder ganz unterschlagen. Und dazu müsse das Land noch das Geld hergeben. Er wolle der Regierung das Recht nicht bestreiten, ein Blatt zu halten, das ihr zu Belustigungen und Erklärungen zur Verfügung stehe, aber es müsse objektiv gehalten sein. Mehner (Köln.) polemisiert in längeren Ausführungen gegen Goldstein. Die Sozialdemokraten sollten sich bezüglich des Zeitungstons an ihrer eigenen Nase zupfen. Daß die „L. Z.“ sozialdemokratische Parlamentsberichte unterschlage, sei darüber zu begründen. Sie treibe nicht Partei, sondern allgemeine staatsverhaltende Politik. Das Blatt könne nicht immer mit Glacéhandschuhen angehen. Der Redakteur Eghow-Prozess habe erwiesen, wie nothwendig ein Regierungsorgan wie die „L. Z.“ sei. (Ironisches Bravo der Sozialdemokraten). Georgi (nall.) spricht für Erhaltung der „L. Z.“. Sie sei nicht parteilos, stehe aber über den Parteien; sie sei berechtigt, das Reichstags-Wahlrecht zu bekämpfen, wenn dies nicht auf verfassungswidrigen Wege geschehen solle.

Nach einigen Replikten zwischen Goldstein und Georgi erklärt Minister des Innern v. Meisch: Er wolle sich von den Sozialdemokraten nicht vorschreiben lassen, wie die Regierung ihre Blätter zu leiten habe und wie sie die verfassungsmäßigen Rechte zu schützen habe. Volle Objektivität sei für ein Blatt unmöglich. Die „L. Z.“ sei kein Regierungsorgan (es sei aber in der Redaktion ein Regierungs-Kommissar mit 7000 M. Gehalt angestellt). Die Regierung lege großen Werth darauf, die „L. Z.“ zu erhalten, und zwar in Leipzig, das die Metropole des Handels sei.

Nach weiteren Ausführungen von Rietzhammer (nall.), Goldstein (Soz.), Opitz (L.) wurde dem Abg. Fräßdorf (Soz.) durch Schlußantrag das Wort abgeschnitten. Die beiden Etatkapitel werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Stuttgart, 29. März. Die Kammer der Abgeordneten hat heute bei Beratung der Verfassungsreform die Abschaffung der Stichwahl mit 54 gegen 30 Stimmen angenommen, nachdem der Ministerpräsident erklärt hatte, daß die Staatsregierung unter allen Umständen auf ihrer Forderung beharre und wenn sie abgelehnt würde, den ganzen Verfassungsentwurf zurückgeben würde.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch Nichtausstehen bei einem Kaiserhoch, wurde Genosse Göde, Groß-Ottersleben, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

### Frankreich.

Ein konservativer Wih. In der heutigen „Revue“ finden wir eine Pariser Korrespondenz, deren für uns nicht uninteressanter Anfang wie folgt lautet:

Paris, 26. März. Bei den allgemeinen Wahlen werden die Sozialisten, worauf ich hier schon mehrfach hingewiesen habe, ungeheure Anstrengungen machen und in nicht weniger als 805 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Jaurès, ihr Führer, entwickelt heute in der „Gantenne“ ihr Programm mit den üblichen Ausfällen gegen das Dogma und den „Säbel“, deren Vertreter, die „maslirten Monarchisten“, Merikale und Jofarianer, mit den Opportunisten sich verbünden hätten. Es handelt sich nach Jaurès für die Sozialisten, um den Kampf des organisierten Proletariats zur Eroberung der Gewalt, um die Umwandlung des Eigentums (Umwandlung für Aufhebung ist ein Euphemismus, dazu bestimmt, die kleinen Bauern zu täuschen), und um die Befestigung der Lohnarbeit durch die Verallgemeinerung des kapitalistischen Eigentums. Auch die Bezeichnung „kapitalistisches Eigentum“ ist ungerecht, denn sie soll den Glauben erwecken, als gäbe es zweierlei Eigentum, ein kapitalistisches und ein nicht kapitalistisches, als hätten es die Kleinrentner nur auf die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer abgesehen, während sie dem Handwerker, dem Bauern nicht nur ihr Handwerkzeug und ihre Scholle, sondern auch das kleine Kapital lassen, das er zu seinem Betriebe braucht und das die Frucht seiner Hände Arbeit ist. Dem ist aber nicht so. Die französischen Anhänger von Marx erstreben so gut wie die deutschen die völlige Befestigung des Privateigentums, was denn auch das Geld als Zahlungsmittel befestigen würde, und ihre Zugeständnisse bestehen lediglich darin, daß sie zuerst den Großgrundbesitzer und erst dann den Bauern abschlichten wollen, dem sie dann wohl auch die Wahl der Sauce, in der er verspeist werden will, gnädig lassen werden.

Der letzte Satz soll ein Wih sein. Es ist ein konservativer Wih. Aber ein Schein giebt mehr als er hat, und da dieser konservative Wih auf dem tiefsten Grunde des konservativen Geistes und der konservativen Weltanschauung gestossen ist, so bildet er eine Art intellektuellen Barometers. In gewöhnlicher Prosa übersetzt, heißt der Wih: Die Sozialdemokraten wollen erst mit Hilfe der fünf Millionen Kleinbauern die Großgrundbesitzer abschlichten, und dann — werden die fünf Millionen Kleinbauern abgeschlichtet? Die Frage ist nur: wer soll diese fünf Millionen Bauern abschlichten? Die Antwort auf diese Frage ist das Geheimniß der Herren Konservativen. Und wird es bleiben.

Beiläufig ist dieser Wih nur ein Bruchtheil des Beisatzes so ziemlich aller kapitalistisch-politischen Angriffe auf die Sozialdemokratie — nämlich des Zeitwortes, daß sie die Masse des Volkes vergewaltigen und die Diktatur des Proletariats proklamieren wollen. Beiläufig ist der Pariser Korrespondent des Junter-Moniteurs noch einer der geschicktesten seiner Sippe. Aber was sagte doch Bogener, der beste Kopf, den die preussischen Konservativen jemals hervorgebracht haben? Die Junter sind entweder geborene Dohsen, oder zu Dohsen erzogen. Wir würden uns geschert haben, das Wort selber zu schreiben, allein wir zitiren es ja nur und wir zitiren es gegen Leute, die dem kaiserlichen Adler eine — übrigens wohlverdiente — besondere Hochachtung darbringen, es unter ihren väterlichen Schutz gestellt haben, und auf ihre Liebe zu den „väterlichen Dohsen“ — ebenfalls verdientermaßen — stolz sind.

### Italien.

Rom, 29. März. In Avellino herrscht Hungernoth. Es sind große Lärchen ausgebrochen. Die Menge häuete das Viehhaus und verbrachte, es in Brand zu stecken. Militärs gesteuerte die Menge.



**Spanien.**

**Madrid, 29. März.** Nach den letzten über die Wahl vorliegenden Ziffern sind gewählt: 192 Ministerielle, 46 Konserwative, 7 Anhänger Romero Robledo's, 15 Republikaner und 8 Kartisten. In Havana sind 4 Autonomisten und 2 Konservative gewählt. Aus den übrigen Wahlbezirken Ruba's liegen noch keine Ziffern vor.

— Von der spanischen Kriegsflootte. Ueber die Stärke derselben in diesem Augenblicke, wo die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten nicht ganz von der Hand zu weisen ist, etwas zu erfahren, dürfte nicht unwillkommen sein. Die „König. Volksz.“ giebt die folgende Zusammenstellung: Spanien will in der Lage sein, sofort 15 Kreuzer und Panzerschiffe auf Kriegsfuß zu bringen, sodann vier Torpedobootzerstörer, sowie fünf Hochsee-Torpedoboote. Die beiden neuen Torpedozerstörer Andag und Osado sind bekanntlich schon auf der Fahrt nach Ruba begriffen. Trotz dieser stattlichen Flotte dürfte Spanien zur See, wenigstens was die Zahl und Stärke seiner Schiffe betrifft, den Vereinigten Staaten doch nicht gewachsen sein; man erwäge nur, daß letztere unter den Seemächten die vierte Stelle einnehmen, Spanien dagegen erst die achte. Allerdings ist die spanische Flotte hinsichtlich der Tüchtigkeit der Besatzung der jungen amerikanischen weit überlegen. Doch soll der Zustand der spanischen Kriegsschiffe ein überaus trauriger, der der Vereinigten Staaten übrigens auch kein musterhafter sein.

**Rußland.**

**Zu Odesa** sind in der Nacht vom 22. (10.) auf den 23. (11.) März 82 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden.

**Serbien.**

**Belgrad, 28. März.** Die Gemeindevahlen haben im ganzen Lande das in Serbien übliche für die Regierung günstige Ergebnis gehabt. Die gemäßigten Liberalen und die ehemaligen Fortschrittler erlangten überall die Mehrheit.

Die Neuwahlen für die Stupschina werden in etwa 1 Monat stattfinden.

**Parlamentarisches.**

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung der Vorlage, betreffend die Erhöhung des Gehalts von Postunterbeamten (der Beschluß ist unter den Depeschen unserer letzten Nummer schon mitgeteilt), die Zustimmung erteilt und über die Erteilung der Erlaubnis zur Beförderung von Auswanderern an eine Reihe von Gesellschaften und Personen Beschluß gefaßt. Die Vorlage, betreffend den Entwurf von Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Baarenverzeichnis zum Zolltarif sowie von Vorschriften für die Zollabfertigung von Mineralölen wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen und die Mitteilung des Präsidenten des Reichstags über den Beschluß des Bundesrats, betreffend die Aufnahme der Anlagen zur Herstellung von Gussstahlgießereien mittels Rugschrotmühlen (Rugschrotmaschinen) in das Verzeichnis der genehmigungsbedürftigen Gewerbe-Anlagen zur Kenntnis genommen. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

**Sacharinkommission.** Die mit der Vorbereitung beauftragte Kommission des Reichstags hat heute das vom Abg. Dr. Paasche vorgeschlagene Gesetz, betreffend den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen, in folgender mehrfach abgeänderter Form angenommen: § 1. Künstliche Süßstoffe im Sinne dieses Gesetzes sind alle auf künstlichem Wege gewonnenen Stoffe, welche als Süßmittel dienen können, eine höhere Süßkraft als raffinierter Mohr- oder Rübenzucker, aber nicht entsprechenden Nährwert besitzen. § 2. Die Verwendung künstlicher Süßstoffe bei der gewerbmäßigen Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln ist als Verfälschung im Sinne des § 10 des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln anzusehen. Die unter Verwendung von künstlichen Süßstoffen hergestellten Nahrungs- und Genussmittel dürfen nur unter einer dieser Verwendung erkennbar machenden Bezeichnung verkauft oder feilgeboten werden. § 3. Es ist verboten: 1. Künstliche Süßstoffe bei der Herstellung von Bier, Wein oder weinähnlichen Getränken, von Fruchtlikören, Konserven und Likören, sowie von künstlich erzeugten Zuckers- oder Stärkezucker-Syrupen zu verwenden. 2. Die unter 1 genannten Stoffe, welchen künstliche Süßstoffe zugesetzt sind, zu verkaufen oder feilzuhalten. Zuwiderhandlungen unterliegen der im § 10 oder, soweit die vorstehend unter Ziffer 2 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, der im § 11 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 vorgeschriebenen Strafe. Die §§ 15 bis 17 dieses Gesetzes finden Anwendung. § 4. Der Bundesrat ist ermächtigt, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu treffen. — Schließlich gelangte noch eine von dem Abg. Paasche und Wurm beantragte Resolution zur Annahme, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf wirksamere Kontrolle und Durchführung des Nahrungsmittelgesetzes Bedacht zu nehmen. — Zum Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Dr. Paasche bestellt.

Die **Staatschulden-Kommission** trat heute zusammen und wählte die bisherigen Vorsitzenden aus neue, nämlich das Mitglied des Herrenhauses, Staatsminister v. Schelling, und zu seinem Stellvertreter den Landtags-Abgeordneten Lischke. Außer den Genannten gehören der Kommission noch an die Mitglieder des Herrenhauses Graf v. Hutten-Czapski und Graf v. Nereim, sowie die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Dr. Langerhans und Wehling. Nach der Wahl wurde heute der den beiden Häusern des Landtages zu erstattende Jahresbericht über die Verwaltung des Staatschuldenwesens im Rechnungsjahr 1896/97 festgestellt.

Dem **Herrenhaus** ist ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes vom 3. Juni 1876, betr. die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen, sowie ein Gesetzentwurf, betr. die Bildung von Parochialverbänden in der Provinz Schleswig-Holstein, zugegangen.

**Kommunales.**

**Stadtkommunales.**

**11. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, 29. März, nachmittags 5 Uhr.**

Vor der Tagesordnung spricht **Vorleser Dr. Langerhans** dem Journalisten **Oskar Thiele**, der am 1. April d. J. 25 Jahre des Amtes als Berichterstatter über die Verhandlungen der Versammlung gewaltet hat, namens der Versammlung Dank und Glückwunsch aus. (Beifall.)

**Oberbürgermeister Zelle** hat an die Versammlung folgendes Anschreiben gerichtet: „Der geehrten Versammlung theile ich ganz ergebenst mit, daß ich am 1. Oktober d. J. von meinem Amte zurückzutreten gedanke. Ich werde dann das 70. Lebensjahr erreicht haben und empfinde seit einiger Zeit, wie dieses vorgeschrittene Alter mehr und mehr hindernd auf meine Arbeitskraft einwirkt. Diese Mitteilung mache ich schon jetzt, damit der geehrten Versammlung Zeit zur Vorbereitung und Vornahme der Neuwahl gegeben wird. Ich möchte auch schon bei dieser Gelegenheit meinem wärmsten und herzlichsten Danke für das mit in meinem Amte von allen Seiten bezeugte Wohlwollen Ausdruck geben.“

**Vorsitzer Dr. Langerhans:** Wir sind wohl alle überrascht, — das heißt, ich nicht, — daß Herr Zelle zurücktritt, und wir bedauern das gewiß recht tief. Wir hat Zelle allerdings schon vor Jahr und Tag — ich glaube, es ist beinahe zwei Jahre her — gesagt, daß er mehr und mehr seine Kräfte abnehmen fühle, daß er nicht mehr die Energie hätte, um entsprechendfalls so einzutreten, wie es ihm eigentlich ums Herz wäre, und deswegen ginge er mit dem Gedanken nun, sein Amt niederzulegen. Er sagte damals zu mir: „Nicht wahr, Langerhans, nach zwei Jahren gehen wir wohl weg.“ Er ist geblieben, ich bleibe noch. (Beifall und Heiterkeit.)

Die **Berathung des Stadthaushalts-Etats** wird fortgesetzt. Der **Spezial-Etat für die Kapital- und Schuldverwaltung** wird ohne Debatte genehmigt. Zum **Etat der Gymnasien, Realschulen und Ober-Real-schulen** werden folgende vom Ausschuss empfohlene Resolutionen angenommen:

1. Den **Magistrat** zu ersuchen, zu erwägen, wie die **Ueber-schulung** der oberen Klassen der **Ober-Real-schulen** zu besorgen ist.

2. Den **Magistrat** zu ersuchen, **Schleunigst** für **Erbauung** und **Einrichtung** einer **Zentralbibliothek** Sorge zu tragen zu wollen. Der **Etat** wird genehmigt, desgleichen diejenigen für die **Realschulen**, die **höheren Mädchenschulen**, für die **Turmhallen**, **Spielplätze** und das **Turnwesen** im Allgemeinen. Zum **Etat** **verschiedene** Einrichtungen für die **höheren Lehranstalten** und die **höheren Mädchenschulen** erneuert die **Versammlung** auf **Antrag** des **Ausschusses** die vom **Magistrat** wiederholt abgelehnte **Resolution:**

zur **Förderung** des **naturwissenschaftlichen** **Unterrichts** ähnlich wie beim **unsprachlichen** **Unterricht** **4000 M.** in den **nächsthjährigen** **Etat** einzustellen.

Beim **Etat** der **Gemeindeschulen** bringt **Stadtv. Rosenow** zur **Sprache**, daß ein **häufig** als **Schulprämie** zur **Vertheilung** gelangendes **Buch** **Kaiser Wilhelm I.** von **Oskar Wehling** mehrfache **Beschimpfungen** der **Zentrums-** und **Fort-schrittspartei** sowie der **Sozialdemokraten** enthalte, wie sie **genau** nicht im **Sinne** der **Versammlung** lägen. Er **wünscht** zu **wissen**, **wer** **jetzt** über die **Kußwohl** der **Prämien** zu **besinden** habe.

**Stadtschulrath Vertram:** Die **erste** **Entscheidung** haben **jetzt** die **Kollegen**; **erst** wenn sich ein **Anstand** in **irgend** einer **Beziehung** ergibt, **soll** die **Schuldeputation** ihr **Votum** abgeben.

**Stadtv. Preuß** bemängelt die **unangemessene** **Höhe** der **Nebe-neinnahmen** der **Schuldiener**, die eine **Neuordnung** der **Verhältnisse** dieser **Kategorie** sehr **erfordern**, und **erlaubt** dem **Magistrat** um **Reformvorschlüge**. Bezüglich der **Frage** der **Anstellung** jüdischer **Lehrerinnen** an den **Gemeindeschulen** sei **auch** immer noch **kein** **Fort-schritt** zu **verzeichnen**. Vielleicht **interpretire** der **Magistrat** die **ministeriellen** **Voraussetzungen** der **Anstellungsfähigkeit** jüdischer **Lehrkräfte** etwas zu **stark**. Es **sollte** **periodisch** **Mittheilung** über die **Anstellungen** gemacht werden.

**Bürgermeister Kirchner:** Von **143** **Schuldienern** sind in den **letzten** **8** **Jahren** **sechs** **entlassen** worden. Die **weit** **überwiegende** **Majorität** genießt die **vollste** **Zufriedenheit** der **Verwaltung**. Die **Frage**, ob sie als **Gemeindebeamte** **qualifizirt** werden **sollen**, unter-liegt der **Erwägung**. **Nebe-neinnahmen** beziehen **35** und **zwar** an den **Schulen**, wo **Fortbildungskursen** u. s. w. **vorhanden** sind. In der **Frage** der **Anstellung** jüdischer **Lehrerinnen** ist der **Magistrat** gegenüber den **Anordnungen** des **Kultusministers** **beziehungsweise** des **Provinzial-Schulkollegiums** **leider** **machlos**; zu **eng** **interpretirt** er **dieselben** **nicht**.

Der **Etat** wird **bewilligt**, **ebenso** **ohne** **Debatte** die **Etats** der **Taubstummen-schule**, der **Blindenanstalt** (nebst **Betrieb** der **Beschäftigungsanstalt**), der **Waisen-pflege** im **engeren** **Sinne**, sowie **Jahrsorge** für **eingesegnete** **Waisen**, der **Etat** für die **Unter-bringung** **verwahrsamter** **Kinder**, der **Etats** der **Irren-** und **Idiotenanstalt** in **Dalldorf**, der **Irren-anstalt** **Herzberge** bei **Lichtenberg** und der **Anstalt** für **Epileptische** **„Wuhlgarten“** bei **Biesdorf**.

Zu dem **Etat** der **Gehälter** der **Magistratsmit-glieder** hat der **Ausschuss** eine **Veränderung** **dahin** **vorgenommen**, daß **das** **Anfangsgehalt** von **7000** auf **8000**, **das** **Maximalgehalt** von **11 000** auf **12 000 M.** **erhöht** werden **soll**. **Zulagen** von **je** **1000 M.** **würden** **denach** **erhalten** die **Stadträte** **Voigt**, **Frederi**, **Reubrink**, **Weise**, **Lauris**, **Mugdan**, **Bohn**, **Ramsau**, **Hirtelorn**, **Wilde**, **Stadtschulrath** **Frischman** und **Kammerer** **Maack**.

**Referent Kyllmann:** Die **Gehälter** unserer **Magistrats-mitglieder** sind **mäßig** und **bedürfen** der **Erhöhung**. **Wir** **wären** **also** **über-rascht**, daß in der **allgemeinen** **Besoldungsverbesserung** sie **allein** **übergangen** **wären**.

**Stadtv. Singer:** Wir **sind** **nicht** **überrascht** **davon** **gewesen**, daß **unter** **den** **Beamten**, **welche** **mit** **Zulage** **bedacht** **werden** **sollten**, die **Magistratsmitglieder** **nicht** **ausgeführt** **wären**. **Es** **müssen** **auch** **schon** **recht** **hohe** **Etats- und** **Reichsgehalte** **sein**, die **solche** **Gehälter** **beziehen**, wie **sie** **jetzt** die **Magistratsmitglieder** **enthalten**. **Der** **Ausschuss** **hat** **nicht** **gut** **daran** **gelassen**, in **einem** **Augenblick**, wo **er** **es** **ablehnt**, in die **Er-örterung** **einer** **allgemeinen** **Besoldungsverbesserung** **einzutreten**, **mit** **den** **höchsten** **Beamten** **eine** **Ausnahme** **zu** **machen**. **Gerade** **jetzt**, **wo** **die** **Frage** **der** **Besoldungsverbesserung** **für** **alle** **Beamten** **im** **Spitz** **ist**, **sollte** **die** **Versammlung** **den** **Antrag** **des** **Ausschusses** **ablehnen**.

**Stadtv. S. Sachs** beantragt, die **Berathung** des **Ausschuss-antrages** **bis** zur **Berathung** über die **Besoldungsverhältnisse** **über-haupt** **zu** **verlagern**, im **übrigen** **einstweilen** **den** **Etat** **unverändert** **zu** **genehmigen**. **Dadurch** **binde** **sich** **niemand**, und **später** **könne** **die** **sachliche** **Erörterung** **im** **Zusammenhang** **aufgenommen** **werden**.

**Vorsitzer Dr. Langerhans** rechtfertigt **formell** **das** **Vor-gehen** **des** **Etats-Ausschusses**, **hat** **aber** **gegen** **den** **Antrag** **Sachs** **nichts** **einzuwenden**.

**Stadtv. Singer:** Was **der** **Stadtv. Sachs** **will**, **kann** **auch** **geschehen**, **ohne** **daß** **sein** **Antrag** **angenommen** **wird**. **Thatsächlich** **kommt** **der** **Antrag** **Sachs** **zu** **demselben** **Effekt** **wie** **der** **meine**. **Geschäftsordnungsmäßig** **bleibt** **gar** **kein** **anderer** **Weg** **als** **heute** **die** **Summe** **abzusehen**.

Der **Antrag** **Sachs** **wird** **angenommen**. **Für** **den** **Stadtkammerrath** **Krause** **wird** **eine** **Unzugskosten-Erschädigung** **von** **1000 M.** **be-willigt**.

Zum **Etat** der **Gasanstalten** wird von den **Stadtv. Preuß** und **Genossen** der **Antrag** **eingebracht**, den **Einnahmeposten** „**Gas-messermiethe**“ mit **448 000 M.** zu **streichen**.

**Stadtrath Ramsau** verweist auf die **großen** **Schwierigkeiten**, welche der **Durchführung** eines **solchen** **Antrages** **entgegenstehen**. **In** **zwei** **Tagen** **sollte** **der** **Etat** **fertiggestellt** **sein**, in **dieser** **Zeit** **liehen** **sich** **die** **Konsequenzen** **eines** **solchen** **Beschlusses** **nicht** **ziehen**. **Die** **Einführung** der **Gasmessermiethe** **beruhe** **nicht** **blos** **auf** **einem** **Gemeindebeschlusse**, **der** **erst** **ausgehoben** **werden** **müßte**, **sondern** **auch** **auf** **einem** **Vertrag** **mit** **der** **englischen** **Gasgesellschaft**. (Hört!) **Für** **den** **Anfall** **von** **fast** **einer** **halben** **Million** **sei** **zuerst** **kein** **Erfolg** **da**. **Die** **ganze** **Frage** **müßte** **in** **einem** **Ausschuss** **oder** **einer** **gemischten** **Deputation** **gründlich** **berathen** **werden**. **Eher** **wäre** **einer** **Ermäßigung** **der** **Gaspreise** **zuzustimmen**.

**Stadtv. Preuß** ist **durchaus** **kein** **Gegner** der **Gasmessermiethe**, **aber** **die** **Streichung** der **Wassermessermiethe** **müßte** **gerechterweise** **die** **Streichung** **auch** **der** **Gasmessermiethe** **nach** **sich** **ziehen**. **Auch** **könnte** **die** **Ab-schaffung** **der** **Gasmessermiethe** **einem** **viel** **größeren** **Kreis** **von** **Konsumenten** **zu** **gute**. **Mit** **der** **englischen** **Gasgesellschaft** **würde** **durch** **Verhandlung** **eine** **Abänderung** **des** **Vertrages** **zu** **ermög-lichen** **sein**.

**Stadtv. May Schulz** **wünscht** **zu** **wissen**, ob **Stadtrath** **Ramsau** **bei** **seiner** **letzten** **Bemerkung** **auch** **wohl** **die** **Meinheit** **des** **Magistrats** **hinter** **sich** **habe**. **Er** **wünscht** **ferner** **zu** **wissen**, **wie** **der** **Magistrat** **sich** **zu** **der** **Frage** **der** **Anstellung** **der** **Buchhalter** **auf** **den** **Gaswerken** **stelle**.

**Stadtv. Kommsen** **bedauert**, daß **so** **wichtige** **Frage**, wie **die** **Aufhebung** **der** **Gasmessermiethe**, **so** **leichtsinnig** **im** **letzten** **Augen-blick** **ins** **Plenum** **geworfen** **würden**. **Für** **die** **Zukunft** **sollten** **derartige** **Frage** **erst** **im** **Etats-Ausschuss** **vorgebracht** **werden**.

**Stadtv. Singer:** Herr **Preuß** **hat** **seinen** **Antrag** **ziemlich** **deutlich** **als** **Produkt** **der** **Boheit** **bezeichnet**: **die** **Gasmessermiethe** **müßte** **ausgehoben** **werden**, **weil** **die** **Wassermessermiethe** **ausgehoben** **sei**. **Dazu** **ist** **die** **Frage** **aber** **zu** **erweitern**, **und** **am** **meisten** **muß** **es** **bedeuten**, daß **sie** **so** **in** **allerletzter** **Stunde** **in** **die** **Versammlung** **geworfen** **wird**. **Jedenfalls** **hätten** **die** **Antragsteller** **sofort** **mittheilen** **müssen**, **welche** **Deckungsmittel** **sie** **vorschlagen** **wollen**, **wie** **die** **Balancen** **im** **Etat** **wiederherzustellen**. **Aus** **dem** **Handgeleit** **heraus** **kann** **die** **Frage** **nicht** **entschieden** **werden**. **Am** **besten** **thäten** **die** **Antragsteller**, **wenn** **sie** **ihren** **Antrag** **zurückziehen**.

**Stadtv. Ballach:** **Er** **habe** **nichts** **gegen** **die** **Aufhebung** **der** **Gasmessermiethe**, **lame** **sich** **aber** **heute** **nicht** **dafür** **entscheiden**.

Der **Antrag** **Preuß** **wird** **zurückgezogen**.

**Stadtrath Ramsau** **demerkt**, daß **die** **Frage** **der** **Ermäßigung** **der** **Gaspreise** **im** **Magistrat** **nicht** **verhandelt** **worden** **ist**. **Eine** **Vorlage** **über** **die** **Anstellung** **der** **Buchhalter** **bis** **zum** **31. März** **sei** **in** **der** **beglückten** **Resolution** **der** **Versammlung** **gar** **nicht** **verlangt** **worden**.

Der **Etat** **der** **Gaswerke** **wird** **bewilligt**, **ebenso** **ohne** **Debatte** **der** **Etat** **für** **die** **Kanalisation** **werke** **und** **Hieselfelder**.

**Auch** **die** **Etats** **für** **Hochbau**, **Straßen-** **und** **Städten-bau** **passiren** **ohne** **jede** **Debatte**.

Zum **Etat** der **Personalbesoldungen** hat **Stadtv. S. Sachs** eine **Resolution** **vorgeschlagen**, welche eine **Berücksichtigung** der **Einkommensverhältnisse** der **Kanzlisten** **im** **Auge** **hat**. **Der** **Magistrat** **soll** **ausgefordert** **werden**, **im** **nächsten** **Jahre** **eine** **Vorlage** **in** **dieser** **Beziehung** **zu** **machen**. **Die** **Verbesserung** **von** **85** **auf** **35 Pf.** **pro** **Bogen** **genüge** **nicht**. **Die** **Stadt** **müßte** **doch** **mindestens** **soviel** **zahlen** **wie** **die** **Gerichtsbehörden**. **Die** **„große“** **Erhöhung** **um** **3 Pf.** **pro** **Bogen** **ergebe** **ca.** **8 Pf.** **pro** **Seite**, **die** **Gerichte** **aber** **zahlten** **9** **und** **sogar** **10 Pf.**

**Ohne** **weitere** **Erörterung** **wird** **die** **Resolution** **Sachs** **an-genommen**, **der** **Etat** **genehmigt**.

Ueber **den** **Spezialetat** „**Verschiedene** **Einnahmen** **und** **Ausgaben**“ **referirt** **Stadtv. Borgmann**. **In** **diesem** **Etat** **figurirt** **auch** **der** **Ueberschuss** **aus** **dem** **Etat** **Jahre** **1896/97** **mit** **nach** **6 189 415 M.**

Einen **Beitrag** **für** **die** **Berliner** **Rettungsgesell-schaft** **in** **den** **Etat** **anzunehmen**, **hat** **der** **Ausschuss** **abgelehnt**, **weil** **der** **Magistrat** **nach** **mit** **der** **Erwägung** **der** **Frage** **befaßt** **sei**; **man** **war** **aber** **allseitig** **über** **die** **Nothwendigkeit** **der** **Subvention** **einig**.

**Stadtv. Singer** **spricht** **in** **letzterer** **Beziehung** **sein** **vollst** **Ein-verständnis** **aus**. **Da** **der** **Magistrat** **aber** **nach** **mit** **Erwägungen** **in** **der** **Frage** **befaßt** **sei**, **könne** **zur** **Zeit** **noch** **keine** **Summe** **in** **den** **Etat** **eingesetzt** **werden**. **Den** **Antrag** **Dinse**, **schon** **heute** **3000 M.** **zu** **bewilligen**, **bekämpft** **Redner** **auch** **des** **halb**, **weil** **ihm** **der** **Beitrag** **viel** **zu** **niedrig** **erscheint**. **Mit** **der** **Einrichtung** **der** **Rettungsgesellschaft** **werde** **für** **die** **Stadt** **eine** **Erweiterung** **und** **höchst** **notwendige** **Institution** **geschaffen**. **Jetzt** **sei** **es** **möglich**, **Bewilligungen** **unmittelbar** **nach** **dem** **Anfall** **in** **geordnete** **ärztliche** **Behandlung** **zu** **bringen**. **Die** **Bewilligungen** **brauchten** **bei** **Inanspruchnahme** **der** **Hilfe** **der** **Zentrale** **nicht** **mehr** **die** **Pein** **doppelter** **Behandlung** **und** **doppelten** **Verbindens** **durchzumachen**. **Die** **Gesellschaft** **beabsichtige**, **durch** **ihre** **Verbindung** **mit** **den** **städtischen** **Kranken-häusern** **nicht** **etwa** **ein** **Monopol** **für** **die** **Krankenhäuser** **in** **bezug** **auf** **Beschaffung** **klinischen** **Materials** **zu** **schaffen**; **jeder** **Kranke** **werde** **vielmehr** **dahin** **gebracht**, **wohin**



die einige Tage später, am 22. März, an dem Kaiser Wilhelm-Denkmal niedergelegt worden sind? Niemand hätte gewagt, Hand daran zu legen. Sicher hat der Magistrat niemandem beauftragt, jene Kränze so pietätlos zu entfernen und zu vernichten; wir trauen ihm manches zu, aber das denn doch nicht! Welcher Beamte ist es, der aus persönlichen Neigungen gegenüber einem Majoritätsbeschluss dieser Versammlung so eigenmächtig gehandelt hat? Auf keinem anderen Begräbnisplatz dürfte etwas derartiges vorgehen, ohne allgemeine Entrüstung über einen derartigen Akt der Brutalität hervorgerufen!

Vom Magistratsfische erfolgt keine Antwort. Stadtv. Zylicz: Der Inspektor des Friedhofes hat die Kränze entfernt. Er thut dies, wie er sagt, seit zwanzig Jahren, weil er den Friedhof bis zum 1. April in Ordnung bringen muß. Es habe Niemand dagegen und das Publikum habe ihm diesen Rasen zertreten. (Gelächter.) Auch waren die Kränze verweilt. (Zwischenruf: Auch die Schleifen?) Von den Schleifen hat er nicht gesprochen.

Kämmerer Naß: Der Deputierte des Magistrats ist nicht hier. Er wird jedenfalls auf Gesuchen Auskunft geben.

Borlieber Dr. Langerhaus: Wir lassen uns nicht gefallen, daß beliebige Leute von den Gräbern unserer Angehörigen die Kränze wegnehmen; wir werden die Sache verfolgen.

Stadtv. Mag Schulz: Ich habe dem Deputierten, Stadtv. Rath Kochham, vorher Mitteilung von meiner Absicht gemacht. (Hört, hört!) Ich beantrage nunmehr formell, meine Interpellation auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Damit schließt diese Erörterung. Im übrigen wird dieser Etat nach den Ausschusshandlungen festgestellt, ebenso ohne Debatte die Etats der Gemeinde-Grundsteuer, Gewerbesteuer, Betriebssteuer, Einkommensteuer, Hundesteuer, Brauabgabe, Zuschlag, Wanderlager-Steuer und Umfahsteuer. Damit ist die Etatberatung erledigt. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 98 084 542 M.

Der Einkommensteuerertrag beträgt 100 pCt. Die sonstigen Vorlagen sind ohne allgemeineres Interesse. Schluß nach 9 Uhr.

### Wahlbewegung.

Auf den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis sollen die Freisinnigen die Kandidatur des Stadtraths Böllmer in Aussicht genommen haben.

Dr. Wendt, Oberlehrer am Friedrich-Werder'schen Gymnasium, wird jetzt als Kandidat der freisinnigen Volkspartei im Wahlkreise Potsdam-Osthavelland genannt. Früher wurde bereits Dr. Wiemer als Kandidat der freisinnigen Volkspartei bezeichnet.

### Partei-Nachrichten.

Der Wahlverein in Rathenow beschloß nach einem Vortrage des Redakteurs Huth aus Brandenburg, eine Petition in Umlauf zu setzen, worin die Befreiung des Bürgerrechts geltend verlangt wird. Die Parteigenossen in Brandenburg a. O. haben mit dem gleichartigen Vorgehen bekanntlich Erfolg gehabt.

In dem gemischten Dorfe Jahnitz bei Pasewalk wurde der dritte Parteigenosse in den Gemeinderath gewählt.

Der „Volkstreu“ in Crefburg erscheint vom 1. April an im Verlage der badischen Partei. Die Geschäftsführung des Verlags übernimmt Eugen Wed; derselbe zeichnet für die im Handelsregister eingetragene Firma. Leitender Redakteur wird A. Fendrich, der das Blatt auch, wie bisher, verantwortlich zeichnet. Drucker bleibt Adolf Wed, der auch ständig in der Redaktion mitwirkt, sowie ihm dies seine sonstigen Berufsgeschäfte und seine parlamentarische Thätigkeit gestatten. Um den Parteigenossen von Karlsruhe, Durlach und Pforzheim entgegenzukommen, wird den Bedürfnissen der genannten Städte in Beziehung auf die Ausstattung des lokalen Theils soviel wie möglich Rechnung getragen werden.

Der Vorstand der badischen Landesorganisation und Verlag und Redaktion des „Volkstreu“ theilen dies in einem Anrufe den Parteigenossen mit, den sie mit folgenden, auch uns aus dem Herzen gesprochenen Worten schließen:

Wir erfüllen ein Gebot der Dankbarkeit, wenn wir bei der Übernahme des Verlags daran erinnern, daß der bisherige Verleger, Genosse Adolf Wed, genau vor 17 Jahren den „Volkstreu“ als kleines Blättchen gründete und dasselbe durch die schlimmen Zeiten des Sozialisten-Gefehes und trotz den wiederholten Unterdrückungsmaßregeln unter dem holländischen Regiment der Partei zu erhalten wußte. Genosse Wed hat sich seinen Widerstand trotz schwerer Opfer gewachsen gezeigt, er trat im „Volkstreu“ immer unentwegt für die Rechte des Volkes und für die Forderungen unserer Partei ein, so daß sich das Blatt aus kleinen Anfängen heraus zu einem heute weit verbreiteten Arbeiterblatt entwickelt hat. Mögen die Parteigenossen dieses Werk dadurch fröhnen helfen, daß sie auch in Zukunft den „Volkstreu“ nach Kräften weiter unterstützen.

Todtenliste der Partei. Oestern starb in Königsberg i. P. im Alter von über 70 Jahren der frühere Baumeister Conrad Schmidt. Er hatte juris prudenz studirt und war als Schriftführer dem Kreis Johann Jacoby nahe getreten. Mit Begeisterung schloß er sich 1848 der revolutionären Bewegung an; als die Reaktion sich ihr Haupt erhob, wandte er sich nach Ungarn, wo er im Revolutionsheere gegen die Russen und Oesterreicher kämpfte. Nach der Waffenstreckung bei Vilagos kehrte er in die Heimath zurück. Seine Staatskarriere war abgebrochen, Mittel besah er nicht; da entschloß sich der körperlich frische, energische, vor nichts zurückschreckende Mann, Maurer zu werden; und er der frühere preussische Beamte, wurde Maurerlehrling und machte alle Witternisse dieser Lehrjahre durch. Später gestalteten sich seine wirtschaftlichen Verhältnisse günstiger, so daß er einen sorgenlosen Lebensabend hatte. Seinen politischen Idealen blieb er stets treu, und wie Johann Jacoby ist er zur Sozialdemokratie gekommen. Wenn auch in den letzten Jahren körperlich leidend, so war er stets bereit, mit Rath und That die Partei zu unterstützen. Im Jahre 1893 kandidirte er auch in einem ostpreussischen Wahlkreise. In der freireligiösen Bewegung hatte er eine führende Stellung.

Die Königsberger Sozialdemokratie beklagt den Tod eines ihrer wackersten Mitglieder!

In Leipzig ist der Volksschneider Theodor O. Burdhardt, ein alter Parteigenosse, gestorben. Er war in Leipzig geboren und trat als „Eisenmacher“ in das politische Leben ein. Anfangs der 70er Jahre kam er nach Stuttgart, wo er propagandistisch mit großem Erfolg thätig war. So viel uns bekannt ist, war er der erste sozialistische Reichstagskandidat in Württemberg. Auch in Sachsen kandidirte er. In Leipzig, wo er mit besonderem Eifer für den Sozialismus wirkte, trat ihn 1881 die Anerkennung, die aber wieder zurückgenommen wurde. Die letzten Jahre seines Lebens wurden ihm durch ein schmerzhaftes Augenleiden verbittert, das ihm in der Ausübung seiner Kunst, in der er Hervorragendes leistete, hinderlich war und ihn auch wirtschaftlich erschütterte. Mit Burdhardt ist ein Künstler und ein ganzer Mann von uns geschieden. Ehre seinem Andenken!

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Wegen Beleidigung des Magdeburger Landgerichts wurde der verantwortliche Redakteur der dortigen „Volkstimme“, Genosse August Müller, zu 150 M. Geldstrafe oder 15 Tagen Haft verurtheilt. — Die Revision des früheren verantwortlichen Redakteurs Baumüller, der wegen Beleidigung der Magdeburger Stadtverwaltung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt ist, wurde vom Reichsgericht verworfen.

— Ein Wirth in Wilhelmsburg bei Harburg an der Elbe, in dessen Lokal am letzten Sonntag der Sozialdemokratische Verein eine Mitgliederversammlung abhielt, hatte nach der Versammlung seine sonntägliche Tanzmusik abhalten wollen. Er bekam

aber das sogenannte Tanzbuch mit dem Vermerk zurück: „Da eine Versammlung stattfindet, wird die öffentliche Tanzmusik nicht genehmigt.“ Das „Volkblatt für Harburg“ bemerkt hierzu: „In den letzten Jahren haben verschiedentlich an Sonntagen Versammlungen stattgefunden und die Wirthin haben nach der Versammlung ihre Tanzmusik abgehalten. Aber jetzt, wo es zur Reichstagswahl geht, wird man den Wirthin gegenüber schwierig.“

### Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Infolge einer gütlichen Einigung mit dem Fabrikanten haben sämtliche Arbeiter der Bauhilferei von A. Barschall, Neu-Weissensee, Steenstr. 4, die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Maurerverversammlung in Nitzdorf wurde nicht, wie irrtümlich berichtet, Wittig, sondern Maurer Grodzki als Delegirter zur Brandenburger Konferenz gewählt.

Die Forderungen der Möbeltransport-Arbeiter sind von den Firmen Kaufmann, Hebel und Meyer zum Theil ganz, zum Theil mit geringfügigen Einschränkungen bewilligt worden. Der Geschäftsführer der Firma Meyer sah sich zur Bewilligung der Forderungen genöthigt, obgleich er dieselben als Vorstandsmitglied des Unternehmerverbandes für unberechtigt erklärt hatte. Bei der Firma Schäfer, welcher den Tarif nicht anerkennen wollte, erfolgte deshalb am Dienstag früh die Arbeitsniederlegung. Auf Veranlassung des Unternehmers wurde sofort die Polizei herbeigerufen, die aber natürlich keine Veranlassung fand, gegen die Arbeiter einzuschreiten. Nach dreitägiger Dauer des Ausstandes bewilligte die Firma ebenfalls den Tarif. Bei Knauer ist derselbe bekanntlich schon früher zur Durchführung gekommen, so daß nunmehr alle größeren Möbeltransport-Firmen mit Ausnahme einer einzigen, die Forderungen bewilligt haben. Da auch ein Theil der kleineren Geschäfte den Tarif anerkannt haben, so liegt keine Ursache zu einem allgemeinen Streik der Möbeltransport-Arbeiter vor. Die unter den neuen Bedingungen Arbeitenden zahlen wöchentlich 50 Pf., damit Kollegen, die aus Anlaß der Bewegung gemäßigert werden sollten, unterstützt werden können.

### Deutsches Reich.

Zum Streik der Bauhandwerker. In Nordhausen legten am 28. März fast sämtliche Banarbeiter die Arbeit nieder und zwangen so die Maurer, gleichfalls die Arbeit einzustellen. In Neumünster sind mit einer Firma Differenzen wegen Annehmung des Tarifs entstanden, die zur Sperrung mehrerer Bauten führten.

In Raumburg dauert der Streik fort, da die Meister Schöff jede Unterhandlung über die Lohnsätze ablehnten.

Der Konflikt in Jena ist schnell beigelegt worden. Eine gemeinsame Verhandlung der vereinigten Lohnkommissionen der Zimmerer, Maurer, Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter, sowie der Arbeitgeber-Vertreter hatte nach vierstündiger Verhandlung das Resultat, daß über die kritischen Hauptforderungen eine Einigung erzielt wurde. So wurde grundsätzlich eine 10stündige Arbeitszeit festgesetzt, für die letzte Viertelstunde gewährt die Unternehmer jedoch eine viertelstündige Vesperpause. Sodann wurde noch eine durchgängige Lohnhöhung für Zimmerer und Maurer bewilligt. Im weiteren sollen die freiwilligen Ueberstunden gänzlich beilegt und eine geregelte Entschädigung für Ueberstunden und Spezialarbeit festgesetzt werden. Am Sonnabend Nachmittag genehmigte sodann eine allgemeine Zimmererverversammlung die Abmachungen, welchen die Unternehmer bereits unterschrieben ihre Zustimmung gegeben, unter der Voraussetzung, daß keine Nachregelung stattfindet und der durch die Aussperrung herbeigeführte Lohnausfall seitens der Arbeitgeber getragen werde. Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes soll demnächst mit Vertretern der organisierten Gehilfenschaft eine einheitliche Arbeits-Ordnung ausgearbeitet werden.

In Regnitz befinden sich die Wagenführer der elektrischen Straßenbahn im Ausstand. Den Streikenden war vor einiger Zeit bereits die geforderte Lohnhöhung von 60 auf 70 M. monatlich zugestimmt, die aber jetzt wieder rückgängig gemacht wurde. Infolge dessen kam es zum Ausstand.

Ueber die Ausstände in München ist zu berichten, daß nunmehr die Tischlermeister ihre Drohung zur Ausführung gebracht haben und am 26. März ihre Betriebe schlossen. Dadurch sind 1000 Tischler arbeitslos geworden und der Kampf durch das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer mit um so größerer Festigkeit entbrannt. Die Zimmerer haben in einer gut besuchten Versammlung den Beschluß gefaßt, während des Streiks keine Tischlerarbeiten anzusetzen.

Am Streik der Tapezierer sind nur noch 50 Gehilfen theilhaft, während jetzt 167 Gehilfen in 39 Geschäften zu den neuen Bedingungen arbeiten.

### Soziales.

Arbeiterrisiko. Auf der Grube Alkenwald im Saarrevier gerieten drei Bergleute, die mit der elektrischen Bohrmaschine auf der fünften Tiefbaustufe arbeiteten, mit dem Bohrer in eine bei einer früheren Sprengung stunden geliebene Patrone. Die Patrone explodirte. Die Wirkung war furchtbar. Der eine Bergmann blieb sofort todt, die beiden anderen erlitten schwere Verletzungen.

Kaum glaublich klingt die Nachricht, daß auf Jeche „Poland“ Schacht III in Wattencheid nicht genügend Wetterlampen für die Bergleute vorhanden seien. Es sollen, so wird Bochumer Blättern gemeldet, etwa achtzig Stück fehlen. Die letzten Leute der Morgenschicht hätten zu warten und dann würden die Lampen der Nachmittagschicht oder Nachtschicht mit Oel gefüllt. Wie es dann mit der Reinigung aussehe, sei leicht zu denken. Auch soll es dadurch vorkommen, daß nicht immer jeder seine eigene Lampe erhalte.

Ueber geschwindigen Bergbetrieb in Schlesien wird geschrieben:

Daß in Oberschlesien die meisten Gruben den Abbau gefehrwidrig betreiben, ist ein offenes Geheimniß. Die Bergbauarbeitenden schaden aber dadurch nicht bloß den über den Gruben liegenden Dörfern und Feldern, sondern gelegentlich einander selbst. So hat die auf Boguschiefer Terrain liegende Ferdinandsgrube (Eigentümerin Ratiowitzer Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetrieb, Generaldirektor Wittiger), ohne auf die Vorschriften über die stehen zu lassenden Grenzweiler zu achten, so nahe an die Waterloo-Grube (Eigentümerin: eine Gewerkschaft, Hauptgewerke Kardinal Kopp) herangebau, daß das Wasser durchdrückte und der Betrieb auf Waterloo eingestellt werden mußte. Jetzt kommt es zwischen Gruben zum Prozeß; die Waterloo-Grube verlangt einen Schadenersatz von 400 000 M. Sie selbst wurde letzthin zu vielen Tausenden Schaden ersatz an Haus- und Geldebesitzer verurtheilt. Freiwillig zahlen nämlich die Grubenherrn für die offenbar durch ihre Betriebe verursachten Schäden nie.

Ein Genußheim für die Angehörigen sämtlicher sächsischen Orts-Krankenkassen wird am 1. April unter dem Namen „Angustbad bei Dresden“ unweit Radeberg in schöner, gesunder Gegend errichtet. Es wurde von dem Vorsitzenden der Leipziger Orts-Krankenkasse, Kommerzienrath Dr. Wilhelm Schwaabe, angekauft und die Leitung der Verwaltung der Orts-Krankenkasse Leipzig übertragen. Das Heim besteht aus 14 Wohngebäuden mit etwa 250 Zimmern. Auch werden selbstfahrende Personen aufgenommen gegen 3,20 M. Entschädigung pro Tag.

### Gerichts-Beilage.

Schwundeleien bedenklicher Art führten gestern den Schuhmann Franz Wiedza unter der Anklage des vollendeten und versuchten Betruges vor die 134. Abtheilung des Schöffengerichts. In einem April-Abende des vorigen Jahres hatte der Restaurateur K. eine Bierreise gemacht. Er ließ sich in einer Droschke nach Hause fahren. In der Frühe des nächsten Morgens wurde K. geweckt mit

der Begründung, daß ein Schuhmann ihn zu sprechen wünsche. K. kleidete sich nothdürftig an und begab sich ins Gastzimmer, wo er den ihm unbekanntem Angeklagten traf. Dieser erzählte ihm, daß er in der verflochtenen Nacht Straßenbienst gehabt habe. Er sei hinzugekommen, als K. in seine Hausbier getreten sei. Der Droschkenführer habe dann ihm, dem Schuhmann gegenüber, seinen Nimmth ausgeprochen, daß der Fabrikant verlangt habe, daß das Geld am andern Morgen in seinem Lokal gezahlt werden sollte. Da habe er, der Angeklagte, geplatzt, dem K. dadurch eine Gefälligkeit zu erweisen, daß er das Fahrgeld mit 2,50 M. für ihn ausgelegt habe. K., der noch etwas verkatert und schlaftrunken war, beillte sich, sein Portemonnaie zu ziehen. In diesem Augenblicke erklärte der Angeklagte: „Ich habe mich verprochen, es waren nicht 2,50 M., sondern 3,50 M.“ K. nahm ohne weiteres 4 M. aus seinem Portemonnaie und handigte sie dem Angeklagten ein, der sich dankend entfernte. Später erst kam es dem K. zum Bewußtsein, daß die Aufmerksamkeit seitens eines unbekanntem Schuhmannes doch äußerst merkwürdig sei, ferner hielt er es für wenig glaublich, daß er den Kutscher nicht bezahlt haben sollte, da er doch Geld genug in jeder Münzsorte bei sich führte und schließlich wußte er doch auch, daß die Fahrt höchstens zwei Mark ausmachte. Er kam zu der Ueberzeugung, daß er das Opfer eines verschmitzten Betrügers geworden war. Als die Sache zur Kenntniß der Behörde gelangte, kam auch der versuchte Betrug zur Sprache. In demselben Hause, in welchem sich das Polizeibureau befindet, bei dem der Angeklagte angestellt ist, betreibt der Restaurateur W. eine Schankwirtschaft. Auch W. war in einer Nacht angetrunken nach Hause gekommen und zwar sollte es ziemlich augewesen sein. Am folgenden Tage verlangte der Angeklagte von W. 7 M., die er in der Nacht vorher für Jeche und Droschke für ihn ausgelegt habe. W. bestritt mit aller Entschiedenheit, daß er sich in der Gesellschaft des Angeklagten befunden habe und dieser ging schließlich fort, ohne das Geld erhalten zu haben. Im gestrigen Termine behauptete der Angeklagte, gegen den auch bereits das Disziplinarverfahren eingeleitet ist, daß er sich im letzteren Falle nur einem Scherz habe leisten wollen. Im ersteren Falle habe er thatsächlich dem Droschkenführer 3,50 M. gezahlt. Leider sei es ihm bisher nicht möglich gewesen, denselben zu ermitteln; wenn der Gerichtshof ihm aber noch einen Monat Frist geben wolle, werde er sich dieserhalb noch einmal bemühen.

Staatsanwalt Vollmann hielt nur den vollendeten Betrug für erwiesen, aber der Fall liege mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte Sicherheitsbeamter sei, besonders schwer und er beantrage deshalb gegen ihn eine Gefängnißstrafe von drei Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker, verkannte nicht, daß der Angeklagte stark belästigt sei, er hielt es aber immerhin für möglich, daß der Angeklagte den sonderbaren Kufmerkensdienst erwiesen und den Kutscher bezahlt habe. Es sei deshalb doch erforderlich, daß der letztere noch erforcht werde. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Angeklagte die Sache nur verschleppen wolle. Er habe ein ganzes Jahr Zeit gehabt, denselben zu ermitteln. Aus der Gleichgültigkeit der beiden Fälle sei zu schließen, daß der Angeklagte auch in beiden Fällen schuldig sei. Er habe „des Königs Rod“ beschmutzt, eine Gefängnißstrafe von drei Monaten sei durchaus angemessen.

Die Polizeibehörde hat kein Recht, zu verlangen, daß die Besucher einer Versammlung bei Auflösung dieser Versammlung pöblich aus dem Saale herausfliegen.“ Diesen an sich ja eigentlich selbstverständlichen Grundsatze hat der Vorsitzende der vierten Strafkammer am Landgericht II in einem freisprechenden Urtheil bekannt gegeben. In Köpenick hatte die Polizei es für angebracht gefunden, gegen vier unserer Parteigenossen einzuschreiten, weil diese sich nach der persönlichen Meinung des Ueberwachenden nicht schnell genug aus einer von ihm aufgelösten Versammlung entfernt hätten. Bereits vom Schöffengericht war auf Freisprechung erkannt worden; da der Staatsanwalt jedoch Berufung eingelegt hatte, mußte das Landgericht den Freispruch unter der anfangs mitgetheilten Begründung bestätigen. In der Verhandlung wurden die als Belastungszeugen vernommenen Polizeibeamten auf bedenkliche Widersprüche in ihren Aussagen aufmerksam gemacht.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Damburg, 29. März. (B. S.) Heute früh hat der 51 Jahre alte Stabser Oberbefehlshaber Biffering seine 50 jährige Ehefrau durch 18 Raderische lebensgefährlich verletzt und sich dann selbst mittels eines Dolchstoßes entleibt. Biffering war mit seiner Frau in zweiter Ehe drei Jahre verheiratet; seine erste Ehe hatte 27 Jahre gedauert. Morgen sollte eine Tochter Biffering's konfirmirt werden. —

Wien, 29. März. (B. T. S.) Das Appellgericht hob das Urtheil des Bezirksgerichts, wonach der Wachmann Glas wegen fahrlässiger Körperverletzung des Reichsraths-Abgeordneten Cingr in der Parlamentskammer vom 26. November v. J. zu 14tägigem Arrest verurtheilt war, auf und sprach den Angeklagten frei.

Wien, 29. März. (B. T. S.) Das Duell zwischen dem Abgeordneten Dr. Steinwender und dem Redakteur des Grazer Abendblattes Dr. Streinz fand in einer Privatwohnung im Innern Wiens statt. Die Bedingung lautete auf Sabel bis zur Kampfunfähigkeit. Steinwender wurde an der linken Schläfe leicht verletzt, während Dr. Streinz an der rechten Schläfe schwer verwundet wurde.

Wien, 29. März. (B. T. S.) Abgeordneter Haus Abgeordneter Dazganski erklärt namens der Sozialdemokraten, dieselben hätten kein besonderes Vertrauen zum Grafen Thun, sowie sie überhaupt nie große Hoffnungen an irgend eine Regierung geknüpft hätten. Die Sozialdemokraten seien die einzige konserverhaltende Partei, weil sie im Stande gewesen seien, Klassengegensätze und Nationalitätenzwist zu unterdrücken. Redner wiederholt die Forderungen betreffend Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für den Reichsrath, den Landtag und die Gemeinden. Abgeordneter Scheicher führt aus, die christlich-soziale Partei werde in nationaler Beziehung an der Gemeinsamkeit mit den anderen deutschen Parteien festhalten. Er erkennt ferner die Ausgleichtvorlage mit Ungarn als Staatsnothwendigkeit an. Die Verhandlung wird abgebrochen. Der Präsident schlägt vor, die Dringlichkeitsanträge in Nothlandsangelegenheiten morgen als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorschlag wird angenommen. Nächste Sitzung morgen. — Zwischen den Abgeordneten Wolf und Wueger kam es zu beleidigenden Ausfällen.

Bozen, 29. März. (B. S.) Auf dem Waldberge bei Hohenems in Vorarlberg hat sich ein unbekannter, elegant gekleideter Herr erschossen. In seinen Taschen fand man eine Hotelrechnung und ein Pferdeabnahmeprotokoll der Wiesbadener Pferdebahn.

Brest, 29. März. (B. T. S.) Der Kreuzer „Frelant“ überrannte heute Nacht in der Nähe der Bai von L'Abre-Brach das Hochseetorpedoboot „Ariel“, welches bald darauf sank. Die Besatzung des Bootes ist gerettet.

London, 29. März. (B. T. S.) Nach einer amtlichen Meldung griffen Kanonenboote mit ägyptischen Truppen am 26. d. M. Schend an, zerstörten die Befestigungen, nahmen Getreidevorräthe, Vieh und Munition weg und befreiten 600 Sklaven, die zum größten Theil dem Stamme der Joanis angehören. Die Derosische verloren 160 Mann, die ägyptischen Truppen hatten keinen Verlust.

Brüssel, 29. März. (B. S.) In Resale (Gemeine) ist zwischen walonischen und vlämischen Grubenarbeitern ein Streit ausgebrochen, wobei ein Walone und zwei Vlämern getödtet wurden.

Rom, 29. März. (B. S.) Zwecks Antans älterer Kriesschiffe sind hier einige amerikanische Marine-Offiziere eingetroffen. Dieselben werden auch deutsche und englische Schiffswerften besuchen.

New-York, 29. März. (B. T. S.) Russdirektor Anton Seidler, der bekannte Wagnerdichtent, ist an einer Blutvergiftung, die er sich durch Fischgenuss zugezogen hatte, gestorben.

Washington, 29. März. (B. T. S.) Sen. Rawlins (Demokrat) brachte eine Resolution ein, nach welcher die Unabhängigkeit Kubas anerkannt und Spanien der Krieg erklärt werden soll.



Reichstag.

72. Sitzung. Dienstag, 29. März 1898, 12 Uhr.

Von Bundesräthliche: v. Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, v. Götter.

Zunächst werden einige Rechnungssachen debattiert erledigt.

Es folgt die dritte Lesung des Etats.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Vitzthum-Grafhdt: Ich habe leider seinerzeit auf die Angriffe des Herrn Abg. Bebel auf die sächsische Militärverwaltung in bezug auf die Lieferung von Sattlerarbeiten nicht antworten können.

Abg. Merbach (Rp.): Man kann über die Beschäftigung fremder Arbeiter denken, wie man will, jedenfalls nimmt sich ein solcher Vorwurf aus dem Munde des Herrn Bebel sehr sonderbar aus.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Abg. Jörant (Anif.): Die parlamentarische Vertretung kostet das deutsche Volk jährlich nahezu 700 000 Mark.

Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entlastung vorhin ersparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Februar gelesen hätte.

Menschen zu erziehen. Aber man muß von ihnen auch den Muth verlangen, ihren Namen zu nennen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.): Ich habe vielfach beobachtet, daß die Behörden die Ausübung des Petitionsrechtes seitens der Beamten als eine Verletzung des Disziplins betrachten.

Abg. Singer (Soz.): Ich hätte eigentlich geglaubt, daß solch ein Antrag ganz überflüssig sei.

Graf Posadowsky meinte, er sei gegenüber scharfen Ausdrücken von seiten der Beschwerdeführer nicht nervös; ich hätte gewünscht, daß die Reichs-Eisenbahnverwaltung in dieser Hinsicht sich ihn zum Muster genommen hätte.

Wir haben selbstverständlich nicht die Meinung, daß die Namen der petitionirenden Beamten nun immer verschwiegen werden müßten.

Es entspricht durchaus nicht dem verfassungsmäßigen Petitionsrecht, daß diejenigen, die von ihm Gebrauch machen, nun ängstlich darauf bedacht sein müssen, daß das ja nicht herauskommt.

Es ist eben ein Mißbrauch des Petitionsrechtes, wenn aus seiner Ausübung dem Petenten Nachteile entstehen.

Und das kann uns nicht trösten, daß die Petenten nicht wegen der Petition, sondern wegen ihrer Ausdrucksweise bestraft werden.

Sie soll gegen die vorgesehene Behörde nicht ehrerbietig genug gewesen sein.

Aber die Petition war ja nicht an die Reichs-Eisenbahnverwaltung gerichtet, sondern an den Reichstag; daher kann von einem mehrerbietigen Ton gegen irgend eine Behörde hier gar nicht die Rede sein.

Das gilt die Herren von der Rechten gegen den Antrag erklären würden, davon haben wir nicht geglaubt.

Diese Herren geben im Prinzip das Petitionsrecht zu, aber sie möchten daneben schreiben: „Das Petitionsrecht wird gewährleistet, die Ausübung wird bestraft“.

Die Ausführungen des Herrn Grafen Roon bestätigen nur, daß er das Petitionsrecht als ein der Autorität sehr unbequemes Gegenstück betrachtet.

Wenn aber im Reichstag solche Anschauungen geäußert werden, so darf man sich darüber nicht wundern, daß fast allgemein der Glaube herrscht, die Angeestellten müßten, weil sie ihre Arbeitskraft in den Dienst der Verwaltung stellen, auch in ihren politischen Anschauungen sich nach ihren Vorgesetzten richten.

Das darf man sich nicht darüber wundern, daß die Militär- und Marineverwaltung versagt, die Beamten dürfen überhaupt nicht mehr in ihrer Gesamtheit Beschwerde führen, sondern nur noch einzeln.

Meine Herren, die Dinge spielen sich allenthalben dergestalt — denken Sie nur an den Erlaß des Grafen v. Posadowsky — daß der Kampf um das Petitionsrecht im Interesse einer geordneten und vernünftigen Staatsverwaltung geführt werden muß.

Was bisher als selbstverständlich erschien, das wird jetzt in einer Weise eingeschränkt, die geradezu unerhört ist.

Es ist wahr: die Petition braucht nicht mit einer Geldstrafe belegt zu werden; aber man kann den Leuten so viele Hindernisse in den Weg legen, daß sie schon merken: diese Dinge geschehen deswegen, weil wir petitionirt haben.

Herr Graf Roon hat nun den traurigen Muth befaßt, der Steigerung des Muth zu geben, daß sie alle Petitionen, die ihr ohne Kennung der Unterzeichner vom Reichstag zur Verurteilung überwiehen werden, einfach als anonyme Zuschriften behandelt, d. h. sie in den Papierkorb wirft.

Er hat wohl vergessen, daß diese Petitionen dann die Unterschrift des Reichstags tragen. (Sehr richtig! Bravo!) Und dann will ich dem Herrn Grafen Roon noch eines sagen: Die Herren von der konservativen Partei haben keinen Anlaß, gerade von dem Ton der Beschwerdeführer zu reden.

Man braucht nur an das Verhalten der Herren in den Parlamenten, man braucht nur die Ausdrücke der konservativen Presse sich zu vergegenwärtigen, um zu merken, daß die Herren, wenn es sich um ihre eigenen Interessen handelt, auch den scharfen Ton zu finden wissen, den sie den Beamten verbieten wollen.

(Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß der Reichstag wegen der traurigen Erfahrungen, die er gemacht hat, für die Zukunft darauf verzichten wird, die Namen der Petenten irgendwie bekannt zu geben. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich kann zwar den Zusammenhang von Petitionsrecht und Annullationsrecht nicht recht verstehen, muß aber den Herren Sozialdemokraten in bezug auf meine Erlasse zugeben, daß sie diese auch so gründlich wie nur irgend möglich abgemollt haben.

Zur Sache will ich nur bemerken, daß es kein Brauch ist, daß sobald Beschwerde über eine Behörde erhoben wird, diese Behörde auch erfährt, wer sich beschwert.

Abg. Ricker (fr. Bg.): Auch ich bin dieser Meinung des Herrn Staatssekretärs und halte daher dafür, daß die ganze Sache eine innere Angelegenheit des Reichstages ist, das Präsidium also die Entscheidung darüber hat.

rechtes einen Konflikt mit dem Reichstage heraufzubeschwören, wofür, so mögen sie es versuchen. Wir werden ja sehen, wer dabei den Kürzeren zieht.

Abg. Dr. v. Stumm (Rp.): Ich habe durchaus keinen Wunsch ausgesprochen, wie sich die Regierung zu einem solchen Beschluß des Reichstages stellen solle.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Gröber (3.) gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen angenommen.

Der Reichstag wolle beschließen: 1. Die im Reichs-Gesetzblatt von 1898 Nr. 7 S. 33 ohne Namensunterschrift erfolgte Veröffentlichung folgenden Wortlauts: „Berichtigung. In dem in Nr. 18 des Reichs-Gesetzblattes für 1891 (S. 261 ff.) abgedruckten Gesetze betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juni 1891 sind Seite 283 im letzten Absatz des § 138a in Folge eines Versehens die Worte: „Ziffer 2 und 3“ an Stelle der Worte: „Ziffer 3 und 4“ gesetzt worden.

Der letzte Absatz des § 138a hat richtig wie folgt zu lauten: „Die unterer Verwaltungsbehörde kann die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechs Jahre, welche kein Hauswesen zu besorgen haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, bei den im § 105c Absatz 1 unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen nachmittags nach 5 1/2 Uhr, jedoch nicht über 8 1/2 Uhr abends hinaus, gestatten.“

Die Erlaubnis ist schriftlich zu erteilen und vom Arbeitgeber zu verwahren.“

steht im Widerspruch mit dem nach erfolgter Zustimmung seitens des Bundesraths in Nr. 18 des Reichs-Gesetzbl. für 1891 (S. 261 ff.) veröffentlichten Beschluß des Reichstages vom 8. Mai 1891 und entbehrt der Rechtsgiltigkeit, da die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung des Reichstages zu der durch diese Veröffentlichung versuchten Aenderung des vom Reichstag und Bundesrath beschlossenen, im Reichs-Gesetzblatt von 1891 (S. 261 ff.) veröffentlichten Gesetzes fehlt.

2. Der Reichstag ersucht deshalb den Herrn Reichsminister, dafür Sorge zu tragen, daß die in Nr. 7 des Reichs-Gesetzblattes von 1898 als „Berichtigung“ bezeichnete Veröffentlichung als rechtswidrig im Reichs-Gesetzblatt bezeichnet werde.

Abg. Stadthagen (Soz.): Es wird in der anonymen Berichtigung des „Reichs-Anzeigers“ versucht, ohne die Zustimmung des Reichstages ein neues Gesetz zu schaffen.

Offenbar wird dadurch Artikel II und VII der Verfassung verletzt. Abänderungen an einem Gesetz sind nur nach Zustimmung aller gesetzgebenden Faktoren möglich.

Der Reichstag war zu einer solchen Berichtigung niemals berechtigt. Wir gerathen damit auf eine schiefe Ebene.

Nach bei einem Druck- oder Schreibfehler kann es sich um bedeutende Dinge handeln. Gestern sind zum Beispiel hier über 117 Millionen bewilligt worden; es könnte nun passieren, daß der nicht genannte Verfasser dieses Reichs-Gesetzblattes irrtümlich das Komma einige Stellen nach links rückt.

Das würde ebenso verfassungswidrig sein, wie der vorliegende Fall. Man gebe ich, daß die Regierung durch die Berichtigung dem Sinne entgegenkommen wollte, den die Mehrheit des Reichstages seinerzeit selbst durch die bekannte Verbesserungskommission Guttschlich-Stumm vertrat.

Es ist richtig, daß § 105c der Gewerbe-Ordnung in der zweiten Lesung eine andere Normierung gehabt hat, als in der dritten, und daß dementsprechend der Sinn, den die Herren Guttschlich bis Stumm mit den von uns grundsätzlich bekämpften Ausnahmen des § 138a verbunden wissen wollten, abgeändert worden ist.

§ 105c hatte in dem Regierungsentwurf die jetzige Nummer 2 nicht enthalten. Im § 105c sind die Ausnahmen von der Sonntagsruhe angeführt, und es war das Bestreben jener Herren, möglichst viele Ausnahmen hineinzubringen.

Schon in der Kommission war es gelungen, als Nr. 1a als Ausnahme auch diejenigen Arbeiten hineinzubringen, die zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur erforderlich sind.

In der zweiten Lesung wurde das auch so beschlossen, der damalige Wortlaut des § 138a aber war geblieben. Es würden dementsprechend die Bedingungen, unter denen Arbeiterinnen an Sonnabenden und Vorabenden von Feiertagen bis in die Nacht hinein beschäftigt werden dürften, sich bezogen haben: 1. auf die Bewachung von Betriebsanlagen, 2. auf Arbeiten, die zur Verhütung von Verderben von Rohstoffen oder des Wühlens begonnener Arbeiten erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeit an Werktagen vorgenommen werden kann.

Bei der Zusammenstellung aber sind den Herren Unklarheiten in der Redaktion unterlaufen. Ich kann Ihnen wenigstens fünf Fälle nennen, in denen von unserer Seite darauf hingewiesen wurde, der Gesetzentwurf zeige eine unklare Sprache und eine Unklarheit des Gedankens, und die Anträge zeigten dasselbe.

Die Herren wollten eben so thun, als wenn sie Arbeiter wären, während sie Arbeitertrug lieferten. Sie übersehen auch, daß sie, wenn sie ihre Ansicht durchdrücken wollten, hätten beantragen müssen, im § 138a die Nummer 2 durch 3 und 3 durch 4 zu ersetzen.

Wir haben uns damals sehr darüber gefreut, da jetzt eine ganze Reihe von Arbeiterinnen, die sonst am Sonnabend bis nach 1/2 Uhr hätten arbeiten müssen, nun nicht länger beschäftigt werden können.

Dieses Versehen der damals reaktionären Mehrheit ist sehr bald von den Kommentatoren bemerkt worden, und es entstand eine juristische Kontroverse darüber, ob der Richter anzulegen hätte, daß als Ziffer 2 Ziffer 3 gesetzt werde und für Ziffer 3 Ziffer 4.

Diese rein juristische Kontroverse geht uns hier nicht an. Das steht aber fest: immer hat der Bundesrath bei Recht, ein Versehen, das der reaktionären Mehrheit passiert ist, nach sieben Jahren durch eine Berichtigung zu verbessern.

Das ist verfassungswidrig und würde uns auf eine böse schiefe Ebene führen. Nun ist darauf hingewiesen worden, daß schon beim Militär-Strafgesetzbuch der § 95 in ähnlicher Weise durch eine Berichtigung geändert worden ist; das Bureau hatte bei der Zusammenstellung eine Zeile ausgelassen.

Der Reichstag hat aber noch nie erklärt, daß jene Berichtigung im Reichs-Gesetzblatt zurecht ist. Nicht durch Zufall steht in unserer Geschäftsordnung die Bestimmung, daß vor der Gesamtstimmung in dritter Beratung, wenn eine Aenderung stattgefunden hat, erst die Zusammenstellung erfolgen muß, und die Abstimmung nicht unmittelbar vorgenommen werden kann, wenn nicht volle Uebereinstimmung aller Anwesenden herrscht.

Dadurch sollen Versehen verhütet werden. Was aber beschlossenen ist, bleibt Gesetz. Wir wissen ja gar nicht, ob es uns nicht gelungen wäre, den Verfaß, die Ziffern 3 und 4 in den § 138 hineinzuziehen, zu verhindern. Wir haben einen Vorgang, der ganz ähnlich liegt, wie die Sache, die uns hier beschäftigt. Er bezieht sich auf § 124 Nr. 5 der Gewerbe-Ordnung. Darin wird dem Arbeiter das Recht gegeben, ohne Kündigung aus der Arbeit auszutreten, wenn — so heißt es wörtlich: „wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer ernstlichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.“ Das ist eine Bestimmung, die auf den ersten Blick so brutal erscheint, daß man gendthigt ist, zu denken: liegt denn hier nicht ein offenkundiges Versehen vor? Und nun ein solches handelt es sich um's Ausweischen der amtlichen Protokolle hatte der Reichstag eine Fassung beschlossen, in der der wichtige Zwischenatz enthalten war: einer erweisen, „nicht notwendig mit dem Gewerbebetriebe verbundenen“ Erfohr. Diese Stelle ist in der Zusammenstellung zwischen der zweiten und dritten Lesung durch einen



Zusatz aufgefassen, weil sie gerade eine Reihe bildete. In dritter Lesung ist so beschloffen worden, wie jetzt der Paragraph in der Gewerbe-Ordnung lautet. Der Fortfall jener Worte ist vom Reichstage nicht gewollt worden. 1891 machten wir hier darauf aufmerksam, dass diese brutale Bestimmung, die den Arbeiter Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen nur des Gewinns der Unternehmer wegen, auf einem reaktionellen Versehen beruhe. Trotzdem hat damals der Reichstag erklärt: es ist richtig, dieses Versehen ist passiert, wir sind aber für die jetzige arbeitungsgünstige Fassung. Da haben Sie einen ganz ähnlichen Fall. Der Regierung ist es nicht eingefallen, in diesem Fall das Versehen zu berichtigen. Sie würde auch dann gegen die Verfassung verstoßen haben. Ein solcher Verstoß liegt jetzt vor. Für uns gilt es: principis obsta (den Anfängen stelle dich entgegen). Gerade jetzt sucht man die Rechte des Reichstages zu beschneiden. Da müssen wir besonders vorsichtig sein.

Da, glaube ich, wird es nicht längerer Debatte bedürfen, um sie zur Annahme unserer Resolution zu bringen. Ohne dass man weiter in das Materielle der Frage, inwieweit der § 138 zu gunsten oder ungunsten der Arbeiter wirkt, näher einzugehen braucht, muß man, aus rein staatsrechtlichen Gesichtspunkten heraus, fordern, dass jene „Berichtigung“ zurückgenommen wird. Sie schlägt dem Rechte des Reichstages ins Gesicht und — auch dem Rechte des jeweiligen deutschen Monarchen. Wie kommt der nicht genannte Berichtigen dazu, was der Kaiser auf grund seiner Pflicht in Artikel 17 der Verfassung veröffentlicht hat, als falsch zu erklären? Ich weiß wohl, der Anlaß zu dieser angeblichen Berichtigung ist die Bundesrats-Verordnung über die Konservenfabriken gewesen, die auf grund dieser verfassungswidrigen Berichtigung auch wieder ungültig ist. Man kann, wenn man juristisch spiritisieren will, jene Anweisung des Bundesrats an die Polizeibehörden als eine öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze bezeichnen (Heiterkeit). Wenn irgend ein Druckfehler in einem Gesetz ist, so ist er durch die Gesamtadmmittung mitbeschlossen, und es wird dann Sache der richterlichen Auslegung sein, festzustellen, was der Wille des Gesetzgebers gewesen ist. Auf keinen Fall ist aber jemand, sei es der Herr Reichskanzler oder ein Unbekannter, dem das Reichs-Gesetzblatt wunderbarerweise zur Verfügung steht, berechtigt, eine Berichtigung loszulassen, durch die er tatsächlich die Absichten des Gesetzes ändert. Ich bitte Sie daher, unserer Resolution möglichst einhellig zuzustimmen. (Beifall)

Ein Antrag Stumm (Rp.) und Genossen lautet: Der Reichstag wolle beschließen, unter Ablehnung des Antrages Auer nachträglich die Zustimmung zur Abänderung des § 138 der Gewerbe-Ordnung, wie sie durch die Berichtigung des Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht ist, zu geben.

Staatssekretär Nieberding: Die Frage ist rein staatsrechtlicher Natur, deshalb gestatten Sie mir die Frage, die der Vorredner hier angeschnitten hat, zu beantworten. Die Berichtigung im „Reichs-Anzeiger“ ist durch den Herrn Staatssekretär des Reichsamt des Innern veranlaßt worden. Die Meinung des Reichstages in der in Rede stehenden Frage kann nach den Verhandlungen gar nicht zweifelhaft sein. Materieell bestand gar kein Zweifel, nur bei der Redaktion der materiell gefaßten Beschlüsse ist ein Versehen vorgekommen. Der Bundesrat hat zugestimmt und die Publikation ist, ehe das Versehen bemerkt wurde, erfolgt. Anfangs ist die Berichtigung unterlassen worden, später wurde sie für wünschenswert gehalten und der Staatssekretär des Innern wandte sich an das Reichs-Justizamt. Wir im Reichs-Justizamt haben die Berichtigung für unbedenklich gehalten. Gleichwohl hat sich Graf Posadowsky noch an den Präsidenten v. Buelow gewendet. Dieser hat sich an den damaligen Referenten der Kommission, an den Abg. Hise gewendet und dieser hat dem Präsidenten keinen Zweifel gelassen, daß die Dinge sich materiell so zugetragen haben, wie die Berichtigung angibt. Darauf hin ist die Berichtigung erfolgt. Es existiert bereits ein Präzedenzfall, es ist der vom Vorredner schon erwähnte Fall bei der Militär-Strafprozessordnung, wo in einem Paragraphen die Limitierung der Strafe durch ein Versehen weggelassen war. Aber auch damals ist erst mit dem Präsidenten Simon Rückfrage genommen. Herr Simon, eine parlamentarische wie juristische Autorität, hat die damalige Berichtigung im Jahre 1873 für unbedenklich gehalten. Der Werth der Berichtigung wird durch das Fehlen der Unterschrift nicht beeinträchtigt. Das ganze Blatt erscheint unter der Verantwortlichkeit der Regierung, es kommt gegen den Willen der Regierung nichts hinein. Auch beim Depolgesetz mußte eine nachträgliche Korrektur eintreten. Sie ist Gegenstand gerichtlicher Prüfung geworden. Das Reichsgericht hat die Berichtigung anerkannt. Wir glauben also vollständig Rechtens gehandelt zu haben und bitten Sie, den Antrag Auer abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Die Sache ist von Herrn Stadthagen klar aufgebauscht worden. Materieell besteht wirklich kein Zweifel über die Richtigkeit der Berichtigung. Abg. Stadthagen hat eine falsche Darstellung der Sachlage gegeben insofern, als die Kommission Guttschlich-Stumm mit der ganzen Sache nichts zu thun hatte, sondern der betreffende Passus befand sich schon in der Vorlage. Trotzdem halte ich es für richtig, wenn die Regierung eine solche Gesetzesänderung vornimmt, sie sich des Einverständnisses des Reichstages verweigert. Deshalb empfehle ich Ihnen meinen Antrag.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Die Berichtigung ist materiell richtig. Ich kann dem Abg. Stadthagen den Vorwurf nicht ersparen, daß er, wenn er den Fehler schon vor der damaligen dritten Lesung gemerkt hat, uns hätte darauf aufmerksam machen sollen. (Stadthagen: Wo?) Ich habe in ähnlichen Fällen das stets so gemacht. Bei dem andern Fall aus der Gewerbe-Ordnung lag die Sache anders, da war das Versehen schon vor dem Beschluß in zweiter Lesung erfolgt. Andererseits bin ich der Meinung, daß auch der Reichstag in solchen Fällen gehört werden muß, ebenso gut wie der Bundesrat gehört worden ist. Ich beantrage, die Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen.

Abg. v. Bennigsen (nall.): Wir wünschen, daß der Reichstag in solchen Gesetzesberichtigungsfragen gehört wird, ich kann nicht geben, daß in solchen Fragen der Präsident den Reichstag vertreten kann. Ich schließe mich dem Antrag Spahn an. Der Antrag Auer ist nicht glücklich. Abgesehen davon, daß ich das Verhalten der Regierung nicht verfassungswidrig nennen möchte, ist durch Annahme des Antrages der an sich anerkannte Vorbehalt nicht einmal beseitigt. Ich halte es auch nicht für zulässig, daß solche Berichtigungen ohne Unterschrift publiziert werden. Es kann ja einmal eine materiell wie redaktionell falsche Berichtigung, die den Wünschen der Mehrheit gar nicht entspricht, erlassen werden, dann fehlt die Unterschrift und man weiß nicht, an wen man sich zu halten hat. Die Kommission wird ausprechen müssen, daß solche Berichtigungen ohne Mitwirkung des Reichstages nicht erlassen werden dürfen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich protestiere gegen die Ansicht des Herrn Spahn, daß wir eine Verpflichtung gehabt hätten, auf den Irrthum aufmerksam zu machen. Die Verschlechterungskommission Stumm-Guttschlich hat doch damit zu thun gehabt, sie hat die Tragweite der von ihr beschlossenen Aenderung nicht übersehen können und den einen Punkt zu ändern unterlassen. Wie kann der Präsident dieses Reichstages entscheiden, was ein solcher Reichstag gewollt hat. Ja, hätten Sie die Berichtigung gleich gemacht, dann hätten Sie im vorigen Reichstag wohl eine Mehrheit dafür bekommen. In diesem Reichstag hoffe ich, würde die Verschlechterung des § 138, wie sie die Berichtigung darstellt, keine Mehrheit finden. Den Antrag Stumm halte ich für geschäftswidrig (Abg. v. Stumm schüttelt mit dem Kopf), daß Herr v. Stumm anderer Meinung ist, ist selbstverständlich, ich habe noch nie gehört, daß Herr v. Stumm eine zutreffende Ansicht geäußert hat. Ist denn diese Berichtigung für die Gerichte bindend? Vielleicht beantwortet uns der Staatssekretär die Frage. Dem Antrag Spahn widersetze ich mich nicht, obwohl ich ihn für überflüssig halte.

Staatssekretär Nieberding: Ich konstatire, daß alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken die Berichtigung für materiell

richtig halten. Die Gerichte stehen der Berichtigung völlig frei gegenüber, sie würden ebenso frei dem Beschluß der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages gegenüberstehen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Auch die zweite Darstellung des Abg. Stadthagen über die Berichtigung der Kommission Guttschlich-Stumm war unrichtig. Die Kommission hatte mit der Redaktion des Gesetzes gar nichts zu thun.

Abg. Spahn (Z.): Wir hoffen, die Geschäftsordnungs-Kommission wird eine Form finden, auf grund deren eine Verständigung mit der Regierung erfolgt. Vorsichtiger Gebrauch bei solchen Berichtigungen ist vor allem am Platze.

Abg. v. Bennigsen: Ich kann wohl das Ergebnis der Erörterung dahin resumieren, dem Reichstag liegt daran, daß er an der Abänderung formell doch gesetzmäßig publizierter Gesetze mitwirkt. Sache der Kommission wird es sein, für diesen Wunsch die richtige Form zu finden. (Beifall)

Die Anträge Auer und v. Stumm werden durch einstimmigen Beschluß der Geschäftsordnungs-Kommission abgelehnt.

Es erfolgt die Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes. Auf eine Anfrage des Abg. Richter (fr. Sp.) erwidert Ministerialdirektor Reichardt, daß über einen neuen Handelsvertrag mit England zur Zeit noch Verhandlungen schwebten. Eine längere Erklärung ist fürzlich von England eingetroffen, unterliegt aber noch der Prüfung; sein Inhalt kann daher selbstverständlich noch nicht öffentlich bekannt gegeben werden.

Staatssekretär v. Bülow erwidert auf den zweiten Theil jener Anfrage: Der Vertrag zwischen Deutschland und China ist am 6. v. Mts. zu Peking unterzeichnet worden. Ueber seinen Inhalt kann ich keine weiteren Mittheilungen machen, als diejenigen, die ich dem hohen Hause bereits im Dezember unterbreitet habe. Der Vertrag ist vorgestern mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Bayer“ von Tientsin nach Deutschland abgefaßt.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) bringt die Angelegenheit eines im Auslande lebenden Deutschen, der dort verlegt worden ist, zur Sprache.

Es handelt sich um einen Unglücksfall, den zwei deutsche Arbeiter namens Loch und Geis in Bulgarien erlitten haben. Sie waren in Diensten der Maschinenbau-Fabrik Nürnberg, die in Bulgarien eine Filiale besitzt und dort einen Brückenbau zu fertigen hatte. Loch wurde getödtet bei einem Bahnunfall, Geis kam als Verletzter in das Spital von Bragya. Der Polizeipräsident ließ sämtliche Sachen der Beiden mit Beschlag belegen. Geis, wie der ebenfalls dort beschäftigte Bruder des Loch bemühten sich, die Sachen wieder zu bekommen, aber ohne Erfolg. Geis begab sich zum Generalkonsul von Sofia, von Bogis-Rheg, aber dieser entließ ihn, nachdem er ihn hatte lange warten lassen, mit dem Bescheid, er möge sich an das Vizekonsulat in Ruffschul wenden, in dessen Bezirk Bragya liege. Geis war außer Stande, nach diesem über 100 Kilometer entfernten Ort in seinem abgerissenen Zustande zu gehen, er wandte sich nochmals an den Polizei-Präsidenten und erhielt schließlich die Sachen im Juli — das Unglück war im Mai geschehen — zurück, doch waren die Sachen, Kleider, Stiefel, Wäsche total verfault, vermodert und verdorben. Die Angehörigen des Loch wandten sich ebenfalls an den Generalkonsul und erhielten im November den Bescheid, daß die einen Werth von ca. 200 M. repräsentirenden Sachen des Loch für 17,90 Frs. von der Polizei verkauft worden seien. Die auch verlangte Sterbeurkunde des Loch haben die Angehörigen heute noch nicht in Händen. Im Januar d. J. erhielten sie den Bescheid, daß es noch eine zeitlang dauern würde. Ich bitte den Staatssekretär, die Angelegenheit zu untersuchen und sich der Deutschen im Auslande mehr anzunehmen.

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Herr v. Nichtsofen erklärt sich außer Stande, über den ihm unbekanntem Fall etwas zu sagen, sagt aber Untersuchung des Falles zu.

Auf eine Anfrage des Abg. Pauli (Rp.) erwidert Unterstaatssekretär Frhr. v. Nichtsofen, daß die Gebrüder Demhard durch die Abtretung von Witu an England geschädigt worden sind, aber die Verhandlungen über die Entschädigung seien noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Ansichten über die Höhe der Entschädigungen seien auch in der Petitionskommission sehr auseinander gegangen, weil man es hier mit kaufmännischen Spekulationsgeschäften zu thun habe.

Abg. Berner (Reform-P.) nimmt sich der Gebr. Demhard an, die ein Opfer der Caprivischen Kolonialpolitik geworden seien. Die Abtretung von Witu hätten alle patriotischen Männer ebenso wie den Austausch von Helgoland bedauert.

Abg. Dr. Lieber (Z.): Wir rechnen uns auch zu den patriotischen Männern, haben aber den Austausch von Helgoland jederzeit mit Freuden begrüßt. (Heiterkeit.)

Damit sind der Etat des Auswärtigen Amtes und der Kolonial-Etat erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Schluß 5 Uhr.

### Herrenhaus.

9. Sitzung vom 29. März, 12 Uhr. In einmaliger Schlussberathung werden die Gesetzentwürfe betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie und betreffend die Bildung von Parochialverbänden in der Provinz Schleswig-Holstein angenommen.

Es folgt alsdann der Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Grundkapitals der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse. Die Kommission Berichtshalter v. Graf beantragt unveränderte Annahme.

In der Diskussion hierüber empfiehlt auch Reichsbankpräsident Dr. Koch warm die Annahme der Vorlage. Er verfolge die Entwicklung der Kasse mit Interesse und Sympathie und freue sich, daß sich die Kasse viele Einrichtungen der Reichsbank zum Muster genommen habe. Die Reichsbank werde fortfahren, der Genossenschaftskasse mit allem Interesse entgegenzukommen, sie werde aber auch fortfahren, ihre soliden Verwaltungsrundsätze hochzuhalten.

Minister v. Miquel ist dankbar für das Wohlwollen der Reichsbank, verweist aber darauf, daß die Erhöhung der Kasse die Reichsbank von vielen lästigen Anforderungen befreit habe. Die Kasse müsse sich in der Hauptsache auf ihre Mittel stützen. Es sei ungewiß, ob die Kasse sich für den Mittelstand in Stadt und Land als eine wahre Wohlthat erweisen. (Zustimmung.) Von Klagen über zu engherzige Verwaltung der Kasse dürfe man sich nicht beeinflussen lassen, man müsse darauf halten, daß das Geld des Staates nicht leichtfertig hingegeben werde, zum Beispiel nicht an Gesellschaften, die zwar einen schönen Namen haben, in Wahrheit aber Puppengesellschaften seien. (Heiterkeit.) Aufgabe der Kasse sei Stärkung des Personalkredits und er hoffe, daß man bei gedieblicher Entwicklung derselben zu einer erheblichen Einschränkung des Realcredits und der erwünschten Entschädigung des Grundbesitzes gelangen werde. (Beifall.)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen zwischen Herrn v. Kölling, Minister v. Miquel und Bankdirektor Koch über die Verwaltungsgesetze wird der Gesetzentwurf angenommen.

Es folgt alsdann der Bericht der XI. Kommission über die Novelle zum Ansiedlungsgesetz. Die Kommission Berichtshalter Dr. Delbrück beantragt unveränderte Annahme der Vorlage, welche die Erhöhung des für Ansiedlungszwecke zur Verfügung gestellten Fonds von 100 auf 200 Millionen beantragt.

Graf Hohenthal tritt für die Vorlage ein.

Herr v. Kroschinsky: Obwohl er mit seinen politischen Freunden im Reichstage bezüglich der Marinefrage nicht einverstanden sei (Zuruf: Admiralisch!), stimme er doch mit allen seinen Landsleuten darin überein, daß das Gesetz zu verwerfen sei, weil es die Polen als Pflanzort behandelt. Das habe ihn genöthigt, aus der Reserve heranzutreten und sich offen dahin auszusprechen, daß zwischen der Regierung und den Polen ein großes Mißverständnis

bestehe. Angeklagte Polen werden ohne Beweise verurtheilt; was man im Jola-Prozesse mit recht be- und verurtheilt, das geschehe in Polen alle Tage! (Cho! und Uraho.) Die Anschuldigungen gegen die Polen seien übertrieben und ohne tatsächliche Unterlagen, die großpolnische Agitation sei eine Seeschlange (Heiterkeit!), die bei jedem neuen Polengesetz auftaucht. Diese Gesetze können Erbitterung schaffen, aber unsere Nationalität nicht vernichten. Terrorismus und Fanatismus verbreitet der fatalistische Verein. Graf Posadowsky hat zugesehen, daß wir Polen anders behandelt werden, obwohl alle Vrennen vor dem Gesetz gleich sein sollen.

Graf Stolberg: Man hat den Polen zu weitgehende Konzessionen gemacht. Zur Verhütung der Polonisierung muß viel mehr geschehen.

Fürst Radziwill: Man soll nicht mit bürokratischen Mitteln gegen die göttliche Ordnung kämpfen, wonach alle Völker bei einander wohnen.

Minister v. Miquel: Wir haben weder polnische Sitte noch polnische Sprache bekämpft, aber wer trieb polnische Agitation in dem nichtpolnischen Schlesien? Wer will einen Staat im Staate bilden? Wir sind in der Abwehr! Die Polen im Angriff!

Nach einigen kurzen weiteren Bemerkungen des Grafen Schlieben wird die Vorlage angenommen.

Nächste Sitzung am 26. April: Etat.

### Lokales.

Dr. Konrad Schmidt kann wegen eines Todesfalles in seiner Familie in dieser Woche seine Vorlesungen nicht abhalten.

Am Freitag, den 1. April, ist ein Jahr verfloßen, seitdem unser Parteigenosse Karl Schülze, der Reichstags-Abgeordnete für Königsberg, gestorben ist. Zur Erinnerung an unseren unvergesslichen Genossen hat die Sozialdemokratie von Königsberg den Beschluß gefaßt, am Todestage an seinem Grabstein einen Kranz niederlegen zu lassen. Die Grabstätte befindet sich bekanntlich auf dem Friedhof der hiesigen Freireligiösen Gemeinde. Der jetzige Reichstags-Abgeordnete für Königsberg, Genosse Haack, wird am Freitag, nachmittags 3 Uhr, den ehrenvollen Austrag der Kranzniederlegung ansühren.

Die letzten Stunden sind für den Straßenhandel gekommen, der sich Wesen in der Umgebung unserer Markthallen irrt. Wer vom 1. April ab die Markthallen verläßt, wird nicht mehr die durcheinanderschwärmenden Jurte: „A Trochen drei Zitronen!“ — „A Erscher die Appelline!“ hören. Jedenfalls wird durch die Polizeiverordnung das bekannte Straßenleben vor den Markthallen ein wesentlich anderes werden. Der Fremde, den es erst die Anpreisungen der Straßenhändler darauf aufmerksam machen, daß er vor einer Markthalle ist, wird jetzt achlos an diesen großstädtischen Erregungszuständen vorübergehen, die schon so viel böses Blut gemacht haben. Die Straßenhändler fragen sich mit recht, ob der heutzutage maßgebende Standpunkt der freien Konkurrenz durch das Verbot das Straßenhandels verlegt wird. Man wird angeben müssen, daß sie ebenfalls Verleumdungen hatten, wie so manche andere Erscheinung im wirtschaftlichen Leben. Was dem einen Recht ist, darf für den andern kein Unrecht werden. Das eine ist nicht zu bestreiten, daß nämlich der Magistrat mit den hohen Standgeldern für Markthallenplätze, die ihm jährlich mehrere hunderttausend Mark Ueberschuß einbringen, den Straßenhandel direkt geizdet hat. Das hohe Standgeld konnte nicht jeder bezahlen, so wurde mancher auf die Straße getrieben, der ganz gern den Schutz der Markthalle vor der Unbill der Witterung genossen hätte. Zu denen, die vom wirtschaftlichen „Muß“ zum Straßenhandel genöthigt wurden, gesellen sich mit der Zeit auch bald andere, die bemerken, daß der Straßenhandel möglicherweise einträglich sei, wenn man die Sache geschickt anfaßt. Sie erweitern das Feld des Straßenhandels vor den Markthallen beträchtlich. Bald gab es nicht nur Zitronen und Vanillestangen zu kaufen, zu allen möglichen Obstsorten gefellte sich Gemüße und anderes. Auch wurden die selbgehaltenen Mengen bedeutend größer. Vom kleinen Handkorb kam man zu dem manchmal recht umfangreichen Handwagen, neben denen sich sogar Pferdefuhrwerke zeigten. Der Straßenhandel nahm Umfang und Formen an, die sich in manchen Gegenden recht unangenehm bemerkbar machten. Im Grünen Weg sube zum Beispiel zu den Markthallen alljährlich an der Nordschwelle eine regelrechte Wagenburg an. Natürlich kamen beim Aufahren dieser ambulanten Markthallen manche Streitigkeiten zwischen den einzelnen Besitzern der Wagen vor. Nun soll das Kind wieder mit dem Bade ausgeschüttet werden; die alten Frauen, die sich nicht gut auf eine andere Weise als durch Handel ernähren können, müssen mit den anderen Händlern den Ort ihrer langjährigen Thätigkeit und ihres Verdienstes verlassen. Die Standinhaber der Markthallen wollen für ihr Standgeld vor Konkurrenz geschützt sein. — Die Stimmung der Straßenhändlerinnen äußert sich in solchen, die nach echt Berliner Art halb nörgelig, halb optimistisch sind: „A, darum legen wir uns noch lange keinen Strick um den Hals!“

Gegen das von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigte veränderte Regulativ für die Untersuchung des von außerhalb nach Berlin eingeführten frischen Fleisches hat der Magistrat von Landsberg a. B., welche Stadt den großen Fleischexport nach Berlin hat, Einspruch erhoben, weil das neue Regulativ geeignet sei, den Fleischhandel Landsbergs aufs höchste zu erschweren, ja ihn gänzlich zu unterbinden. In einem an den hiesigen Magistrat und an den Polizeipräsidenten gerichteten, ferner durch den Landtags-Abgeordneten Ebert der Landwirthschaftskammer wie auch dem Deputierten der Thierärztlichen Hochschule Dr. Osterlag überreichten Schreiben wird darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, die Miltz im Zusammenhang mit dem Fleische zu transportieren, wie in dem Regulativ gefordert werde, daß infolge dessen jede Fleischausfuhr von Landsberg nach Berlin unmöglich gemacht würde, und daß die scharfe Ueberwachung des Landsberger Schlachthauses jeden wünschenswerten Schutz biete. In der gleichen Angelegenheit ist auch der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. um seine Vermittelung angegangen worden. Dieser theilt die Bedenken des Landsberger Magistrats und hat dem Oberpräsidenten darüber Vortrag gehalten. Der Berliner Magistrat hat sich dem Einspruche gegenüber indessen ablehnend verhalten. Er erkennt zwar an, daß das Landsberger Schlachthaus zur Zeit volle Genüge für genaue Untersuchung zu bieten vermöge, erklärt aber außer Stande zu sein, einem einzelnen Schlachthause gegenüber Ausnahmen gestatten zu können. Auch der Polizeipräsident nimmt einen ablehnenden Standpunkt ein.

Gedenke beim Umzuge der Briefträger! Diese Mahnung möchten wir bei dem unmittelbar bevorstehenden Umzugstermine unseren Lesern zurufen. Wenn die ihre Wohnung wechselnden Mieter, wenigstens die häufiger korrespondirenden, die kleine Mühe nicht scheuten, vor dem Auszuge ihrem Briefträger die neue Wohnung genau anzugeben oder dem Postamt, in dessen Bezirk die alte Wohnung liegt, Mittheilung zu machen, so würden sie sich alle Beteiligten zu Dank verpflichten, aber auch ihre Postfachen auf dem schnellsten Wege erhalten und somit im eigenen Interesse handeln.

Die Vereinigung mecklenburgischer Landwirthe zum Abschluß ihrer Gutverzeichnisse, G. m. b. H., die hier drei Fische- und Wurstgeschäfte in der Potsdamer, Linden- und Neuen Friedrichstraße betrieb, hat ihren Konkurs anmelden müssen. Der Gesellschaft gehörten 88 mecklenburgische Gutbesitzer mit 57 Rittergütern an; Gegenstand des Unternehmens sollte die gemeinschaftliche Verwertung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse der Mitglieder der Genossenschaft sein.

Der Rathhaussturm kann in diesem Jahre schon von Montag, den 4. April, ab bestiegen werden. In der Regel ist die Bestimmung, den Rathhaus-Vorstellung bekannt macht, täglich von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gegen Erlegung von 20 Pf. für die Person gestattet. Eintrittskarten, welche nur für den Tag der Bestimmung gelten, sind bei dem Portier im Rathhause, Portal Königsstraße, zu haben.







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Wittwoch, den 30. März.**  
**Opernhaus.** Jar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Königskinder. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Der Wiberpel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Goethe.** Die Kinder der Exzellenz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Doppelselbstmord. Anfang 8 Uhr.  
**Unter den Linden.** Der Opernbau. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Spiritismus. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Kasseler.** Sein Zeit. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Bervolltes Bild. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Abend.** Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.  
**Welle.** Kaiser und Kallidier. Anfang 8 Uhr.  
**Salon.** Die Stüge der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmstädtsches. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48-49. Kaktusbl. Aufhebung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
**Jubelstr. 57/62.** Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
**Vasage Panoptikum.** Berliner Nachtleben.  
**American.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Abolito.** Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Feen-Palast.** Ethnographische Ausstellung.

## Urania

**Taubenstr. 48/49.**  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. —  
**Invalidenstr. No. 57-62.**  
Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlöße.

### Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche!  
**Berliner Nachtleben**  
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.  
Vorher:  
**Theater Variété.**

### Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 195.  
**Neu!!** Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.  
**Das BÄRENWEIB.**

### Ostend-Theater.

Dr. Franzstr. 132. Dr. G. Weich. Zum 51. Male:  
**Unter der Polarsonne.**  
Aktuelles Kostümspiel mit Gesang u. Souveränität u. Chr. Bischoff. Gelungener von F. Dill. Musik von G. Schiller.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.  
Anfang 7 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonntag Nachmittag: **Mannela** Verant. Schauspiel von Kneifel.

### Reichshallen-Theater.

Leipzigerstr. No. 77.  
Ohne Zweifel das beste Spezialitäten-Programm, welches in Berlin geboten wird.  
**Nur Kunstkräfte.**  
Lola, Juanita u. Fuessanta Bernal, Spaniens schönste Sängerinnen und Tänzerinnen.  
**Susi Suzette,** eine reizende Kostüm-Soubrette.  
**Rossini-Trio,** das musikalisch-excentrische Dreigestirn.  
**Harry Allister,** der grosse Mimiker.  
Die Herkulesse der Neuzeit  
**Bros. Paxton.**  
**Karl Wilhelm,** ein zweiter Reutter-Maxstief.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

### Budapester Kaufmann's Variété

Posson- und Operetten-Theater  
Direktion: Gebr. Hornfeld.  
Heute und folgende Tage:  
**Das Sensationellste der Komik**  
**Von Dreien**  
der  
**Glücklichste**  
von Donat u. Anton Hornfeld.  
Ausserdem:  
**Gr. Spezialitätenkongress**  
Neu! „Samarowa“ Neu!  
Russische Gesangs- und Tanz-Truppe  
Original Wienencke's, Professor Roberts, Fritz Fischer, Gebr. Forré, Elsa Anclon.  
**Anfang** - Wochentags 8 Uhr. - Sonntags 7 Uhr.

### W. Noack's Theater

**Brunnen-Strasse 16.**  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Gr. Extra-Theatervorstellung**  
**Lenore**  
oder:  
**Die Macht der Liebe.**  
Schauspiel mit Gesang in 5 Aufzügen von Pollet.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
Sattlergeschäft,  
gutgehend, mit großer, treuer Kundenschaft, fränkischerhalber **sofort zu verkaufen.**  
Gleis Offerten sub J. A. 8534 bef. Rudolf Mosse, Berlin SW.

### Umgangshalber

Waldschmied, Postb. Hofenstr. 4, III r.

### Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.  
Direktion Richard Schultz.  
Wittwoch, den 30. März 1898:  
**Emil Thomas a. W.**  
Zum 70. Male:  
**Die Tugendfalle.**  
Bestes Kostümspiel in 4 Aufzügen unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Bild. Mannsb. Musik von Jul. Gumboldt.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und die folgenden Tage:  
**Die Tugendfalle.**

### Luisen-Theater

34. Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Stüge der Hausfrau.**  
Sonntag, den 2. April 1898:  
1. Gastspiel von  
**Oskar Gimnig**  
vom I. Hofburg-Theater in Wien.  
Zum 1. Male:  
**Eine Partie Piquet.**  
Nach dem Französischen von A. B. a. u. Modifiziert: Oskar Gimnig.  
Hierauf: Zum 1. Male:  
**Die Nachbarinnen.**  
Schauspiel in 3 Akten nach dem Französischen des Raymond u. Gastone von Hans Ritter.  
Fürst Bibron: Oskar Gimnig.  
Billet-Vorverkauf für alle 7 Vorstellungen von Mittwoch, den 30. d. ab an der Theaterkassa und im Jubiläumskont. Unter den Linden 24 ohne Aufgeld.  
Bretle der Wähe: Profenumb. 10 Pf. Dacheilote 5 Pf. Parquet 5 Pf. Orchester-Parquet 4 Pf. Parquet-Bau. 3 Pf., 1. Parquet 2 Pf., 2. Parquet 1.50 Pf. Mittelrang-Bau. 3 Pf., 1. Rang-Spekt. 2 Pf., Mittelrang 1.50 Pf., 1. Rang-Bau. 2 Pf., 1. Rang-Balkon 1 Pf., Tribüne 1 Pf.

### Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dr. J. Glöck.  
**Ida Heath.** • Signor Salerno  
**Bonhairs Troupe**  
Tischer & Wacker  
**Emilia Persico**  
etc. etc. etc.  
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.  
Am 1. April 1898. Debut:  
**Eugenie Fougère**  
und  
**Lona Barrison.**

### Volks-Theater

im Welt-Restaurant  
97. Dredener-Str. 97.  
Neu! Neu! Neu!  
**Ein toller Streich.**  
Poffe mit Gesang in 2 Akten.  
Sauptrollen:  
Rudolf Schauss. — Ella Richter.  
Robert Dill. Klara Hayn. Arthur Böwer.  
Otto Wendt.  
Vorher: **Gift.**  
Aufspiel in 1 Akt von H. Jonas.  
Im vorderen Saale:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**  
Freitag, den 1. April:  
**Benefiz Rudolf Schauss.**  
Sonntags 6 Uhr.  
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.

### Alcazar-Theater.

Dredenerstr. 52/53 (City-Passage)  
Direktion: Richard Winkler.  
Sensationelles Kisten-Programm.  
Miss Ada Risson, schönste Laubens-Königin. Mr. Alexander Sallno, der Mann mit der eisernen Hand. Das größte Wunder der Welt! Theodor Silling, Parforce-Turner am selben Rest.  
Neu! Neu!  
**Die Regimentsnummer**  
Poffe mit Gesang v. R. Reichardt. Das Neueste vom Neuen.  
**Lebende Photographien**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 9 1/2 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Die für den Feen-Palast ausgedehnten Ehren- u. Freisitzen haben Gültigkeit.

### Feen-Palast

Burgstrasse 22.  
**Wiener Zoologisch. Garten**  
**Aschanti-Dorf**  
**Javaner-Dorf**  
Geöffnet von 11-10 Uhr.  
Vorstellungen abends 2-9.  
Kinder und Militär 50 Pf.

### Olympia-Riesen-Theater

(Circus Benz) Karlstrasse  
**Sport**  
Jockey-Finch-Reiten.  
**Preisringkampf**  
zw. d. amerik. Preisringer Mr. J. M. Cooper und dem Schlossermstr. H. E. Freitag aus Berlin.  
**Damen-Tanzieren**  
Deutschland geg. England jeden Abend bis zur Entscheidung in  
**Bolossy Kiralfy's Konstantinopel**  
The jolly british girls und das neue März-Spezialitäten-Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Beginn d. Kennen 9 1/2 Uhr.  
Sonntag 2 Vorstellungen.  
Nachm. 1 Kind frei.

### Der Mord

an  
**Alexanderplatz**  
und  
**König Heinrich**  
zwei neue zweifelhafte Mordfälle  
erzählt täglich in  
**Quarg's**  
Vandeville-Theater  
Grand Hotel Alexanderplatz  
einen großartigen  
**Lach-Erfolg!**  
Anfang 8 Uhr. — Entree 15 Pf.

### Schluss der Saison 6. April

**Circus Busch**  
(Bahnhof-Börse).  
Wittwoch, den 30. März 1898, abends 7 1/2 Uhr:  
**Soirée equestre.**  
Amateur-Konkurrenz-Reiten.  
Wer dreimal reitend zu Pferde die Bahn umreitet, erhält eine Prämie von 50 M. Kavallerie zu Fuß, höchstkom. Internerz. Schi. Quadrille à la Munketier, get. von 6 Damen und 6 Herren. Außerdem: Die vorzügliche Freizeitsport. d. Die Busch Aufzügen d. beliebten Schreiters Herrn Footitt-Burghardt, sowie aller neu eing. Reitschülerinnen u. Rühler  
**Zaragoza.** Original Manège-Schauspiel des Circus Busch.  
Morgen 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.  
Sonntag, 2. April: Benefiz f. d. beliebte Schreiters Herr Footitt-Burghardt u. d. vorzügliche Schreiters Maria Doré.  
Auf diese am nach ergangene Geluche habe ich mich nochmals entschlossen, am Sonntag, den 3. April, nachm. 4 Uhr, den grünen Akt mit dem krennenden Schloße aus der Pantomime Zaragoza zu geben.

### Güte

für Herren von M. 1.00-3.50.  
„ Knaben von 75 Pf. bis 1.50.  
Mägen von 50 Pf. an.  
G. Knoyke, Niddorf, Steinwegstr. 27.  
Ein gut gebendes Zigarrengeschäft ist sofort zu verkaufen. Dreyerstr. 14 bei G. Altendorf. 2695b

### Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten.**  
Novitäten-Programm.  
**Conjin u. Conjine.**  
Schwanz.  
Hanny Nelson, Original-Tyrolenne.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

### Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und **Humoristen.**  
**In Zossen.**  
Vorlesung von Alle 5 Variations.

## Achtung, Maurer!

Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:  
**Große öffentliche Maurer-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: „Stellungnahme zu der am 3. Ofteriertage stattfindenden Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg, eventuell Wahl von Delegierten zu derselben.“  
NB. Da und als Berliner Maurer die Hebung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen in der Provinz sehr am Herzen liegt, da durch dieselbe nur allein der Zugang von hier eingehalten werden kann und mir hierdurch bessere Positionen in unserem Kampfe erzielen können, so fordern wir alle Kollegen, welche ein Interesse an der Bewegung haben, auf, diese Versammlung zu besuchen.  
Der Vertrauensmann der Berliner Maurer (zentraler Richtung): F. A. Karl Panzer.

## Öffentliche Versammlung

der **Klempner, Rohrleger, sowie der Monteure von Heizungs-Anlagen**  
Donnerstag, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.  
Tages-Ordnung: Die Lohnbewegung der Berliner Kupferschmiede und unsere Stellung hierzu. Verschiedenes.  
Die Kollegen besonders der Firmen D. Grove, Schäffer & Walker, Angrick, Körting, Rietschel & Henneberg etc. sind ganz besonders eingeladen.  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
Otto Raether, N., Anflamerstr. 44.

## Achtung! Holzarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Louis Keller, Koppenstrasse 29:  
**Gr. öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung des Vertrauensmannes und Wahl desselben. 2. Wahl von drei Kontrollreuten. 3. Berichterstattung der Gewerkschafts-Delegierten und Wahl derselben. 4. Stellungnahme zum 1. Mat.  
Der Vertrauensmann: Otto Minger.

## Achtung, Bantischler!

Sieben öffentliche **Bantischler-Versammlungen**  
am Donnerstag, den 31. März, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:  
Westen und Schöneberg: bei Obst, Grünwaldstr. 110.  
Südosten, Südwesten, Süden und Niddorf: bei Biekel, Finkenheide 52/53.  
Friedrichsberg, Rummelsburg, Osten u. Nordosten: bei Wittwe Köhl, Straußbergerstr. 3.  
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt, Moabit und Wedding: im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.  
Charlottenburg: bei Lehder, Bismarckstr. 74.  
Steglitz und Lichterfelde: bei Pagel (früher Bisnad), Chausseestrasse in Groß-Lichterfelde.  
Weißensee: „Pralaten“, König-Chaussee, Ecke Federstraße.  
Jeder Bantischler ist verpflichtet, in einer dieser Versammlungen zu erscheinen.  
**Achtung! Gürtler und Drücker!**  
Donnerstag, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Rautenberg, Cranienstr. 180; 115/7  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Paul Eising. (Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Bericht des bisherigen und Wahl eines neuen Vertrauensmannes der Gürtler. 4. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden aufgefordert, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.  
**Achtung! Velvet-Arbeiter.**  
Mittwoch, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, in Graumann's Lokal, Nauenerstr. 27:  
**Öfftl. Versammlung der Velvet-Arbeiter u. Arbeiterinnen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Mahregelung bei der Firma Reuger's Söhne, Köpcke-Strasse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vertrauensmann.  
F. Rofke, NO., Marienburgerstr. 31.

## Prüfel Alles und behaltel das Beste!

Trotz aller Anpreisungen anderer Produkte bleibt das echte **Dr. Thompson's Seifenpulver** doch immer das bevorzugteste Wasch- und Bleichmittel. Für Herstellung des echten Dr. Thompson's Seifenpulvers wird nur oberstes, garantiert unbedingtes Material verarbeitet. — Große Ersparnis an Mühe, Zeit und Geld.  
Nur echt mit Schwanen-„Schwan“.  
In haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Colonialwarenhandlungen.

## Regulatoren, Gewichtzug mit Schlagwerk, nur 20 Mk.

verkauft unter Garantie  
**ältestes Uhren-Geschäft**  
besteht seit 1860. Berlin S. besteht seit 1860.  
**152 Am Moritzplatz 152**  
**G. Scharnow.**  
Grosses Lager. (4075) L.  
Anerkannt billigste Bezugsquelle.

## Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten.**  
Novitäten-Programm.  
**Conjin u. Conjine.**  
Schwanz.  
Hanny Nelson, Original-Tyrolenne.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben, unvergesslichen Frau  
**Elise Stolle**  
sage ich allen Kollegen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Vorstände des Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Vereins für Frauen und Mädchen, dem Vorstände des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, sowie dem Gesangsverein Typographia für seine Mitwirkung meinen innigsten Dank.  
**Franz Stolle,**  
im Namen der Hinterbliebenen.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders, des Tischlers  
**Paul Boffelt**  
sagen wir Verwandten, Freunden und Bekannten, auch seinen Kollegen und dem Meister Herrn Schröder unseren innigsten Dank.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
**Dankagung.** 26885  
Allen Freunden und Bekannten, sowie den Vereinen sage ich für die große Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes herzlichen Dank.  
**Anna Henkel, geb. Fischer.**

Donnerstag, den 7. April 1898, abends 8 1/2 Uhr, findet bei **Bude, Grenadierstr. 33.**  
**General-Versammlung** der Vertreter der Kassenmitglieder u. Arbeitgeber der Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes statt. 26976\*  
Tages-Ordnung:  
1. Vorlegung des Verwaltungsbereichs und Rechnungsabstufung für das Jahr 1897.  
2. Bericht des Ausschusses über die vorläufige Rechnungsprüfung und Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.  
3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassenmitglieder des Rechnungsausschusses.  
4. Antrag der Aufsichtsstelle auf Abänderung des § 56 Abs. 3 des Statutens.  
Berlin, 18. März 1898.  
Der Vorstand:  
A. Dachs, Vorsitzender.  
A. Kelpin, Schriftführer.

Von Potsdamerstr. 82d  
vergeben.  
Dr. Nast, prakt. Arzt, Spezialarzt f. Hals-, Nasen-, Ohrenleiden.  
**Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung.**  
**Diga Jacobson,** Invalidenstr. 145.  
**Dr. Simmel** Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen hoch.  
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.  
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

**Betten**  
von 10 M an, Randbarmen-Damen 2,35 M, Bettmatten, Stoppdecken, Gardinen, Spinnweb, Kuch's Bettenhaus, Reanderstr. 8 Verantl. u. Nachnahme.  
**Elegantes Fahrrad**  
mit Holzfelge, neuestes 98er Modell, 190 M. Mariannenstr. 10 (2691b)  
**Zufallschen, Magen, Eingaben**  
**Zufalliger, Steglicherstr. 65.**  
**Wichtig für Brautleute!**  
**Wöbel, Spiegel, Polster,** waaren verkaufe wegen Umparir der Ladenmiete des deutes bittiger. Eig. Werkstätte i. Hauze, Wilmersdörfer 146482\*  
**Bukow,** Invaliden-Strasse 13.  
**Carl Becker**  
Cigarrren, Cigarretten u. Tabake  
Kudowerstr. 25 an der Küllersstr.

Garth Grünkram-Geschäft u. Kasse (sof. bill. zu verk. Rahn, Vorkingstr. 30).  
Freundt Schlaff, 3 verm. Reichenbergerstr. 38, 2 Tr. z. 2808b  
Bessere Schlaff f. 2 Herren bg. zu verm. Stalgerstr. 125 (am Kottbuser Thor), v. 3 Tr. d. Bergstr. (2693b)  
Eine Schlaff f. einen Herrn, Eing. sep. der Pohlndt, Jormdorferstr. 42, Zeilend. III  
1885. Schlaff f. d. Ritterstr. 116, 4 Tr. I. 2675b



**Abgeordnetenhaus.**

58. Sitzung vom 29. März 1898, 12 Uhr.  
Am Ministertische die verschiedenen Ressortminister abwechselnd.  
Die dritte Etatsberatung wird mit dem Justiz-Etat fortgesetzt.

Abg. Willebrand (Z.) interpretiert den Ministerial-Erlaß betreffend die Aufstellung der Kanzleihilfen dahin, daß diesen Hilfsbeamten nach Ablauf einer gewissen Dienstzeit nur aus sogenannten zwingenden Gründen ihre Stellung gekündigt oder eine weniger lohnende Beschäftigung zugewiesen werden kann.

Minister Schönlank bekräftigt, daß diese Auffassung die richtige ist und nach derselben auch verfahren werde.

Beim Etat für Handel und Gewerbe wünscht

Abg. Dr. Reich (L.) die Errichtung einer Handelskammer in Potsdam. Die Stadt Brandenburg bemühe sich darum, den Sitz der Handelskammer nach ihrer Stadt zu bekommen. Redner hält dieses Bestreben für unweckmäßig. Beharre die Stadt Brandenburg jedoch auf ihrer Forderung, so möge man in beiden Städten Handelskammern errichten; die Vorbereitungen dazu seien vorhanden.

Auf eine Anfrage des Abg. Euler (Z.) wegen Erhaltung der Tischlerfachschule in Magdeburg erwidert Minister Vresfeld, daß eine höhere Unterstufe dieser Schule aus Staatsmitteln nicht möglich sei; wegen Errichtung einer gleichartigen Schule in Berlin sei er mit den hiesigen Gemeindebehörden in Verbindung getreten.

Beim Etat des Ministeriums des Innern fragt Abg. Müller (natl.), ob der Minister nicht geneigt sei, für ausländische Arbeiter im Interesse gewisser Industrien eine ausnahmsweise längere Aufenthaltsdauer zu gestatten.

Minister v. d. Rode antwortet ablehnend; er habe allgemeine Anordnung getroffen, daß möglichst Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse genommen werde, aber generelle Bestimmungen im Interesse einzelner Industrien könne er nicht in Aussicht nehmen.

Auf eine Anregung des Abg. Mooren (Z.) wird vom Regierungstische her erwidert, daß eine Fahrrad-Ordnung im Ministerium entworfen und gegenwärtig den Oberpräsidenten zur Ausfertigung mitgeteilt sei.

Abg. v. Pappenheim (L.) bittet den Minister, dem Hause in der nächsten Session ein Gesetz betr. die Errichtung von Verpflegungsküchen für wandernde Arbeiter vorzulegen.

Minister v. d. Rode ist dazu bereit und dankt für die Anregung. Er hofft auch, daß viele Bedenken, die man früher gegen die Vorlage hatte, sich jetzt leicht werden überwinden lassen.

Abg. Blech (Z.) wünscht, dahin zu wirken, daß durch die Beschäftigung der Gefangenen den freien Arbeitern und namentlich den Handwerkern möglichst wenig Konkurrenz bereitet werde.

Abg. Szynula (Z.) erörtert namentlich die Nothwendigkeit der Zulassung auswärtiger Arbeiter für die Landwirtschaft. — Präsident v. Kröcher erklärt, er werde die hierauf bezügliche Interpellation für die erste Sitzung nach den Ferien auf die Tagesordnung setzen. Der Redner hält trotzdem eine längere Rede, worin er der Staatsregierung vorwirft, sie erkenne den Ernst der Lage der Landwirtschaft nicht an.

Minister v. d. Rode und Minister Frhr. v. Hammerstein legen gegen die letztere Behauptung nachdrücklich Verwahrung ein und behalten sich das nähere Eingehen auf die Sache bis zur Besprechung der Interpellation vor.

Abg. Graf Limburg (L.) wünscht, daß die Radfahrordnung die Radfahrer als Fußgänger behandle, die sehr schnell vorwärts sich bewegen und deshalb für alle verursachten Unfälle verantwortlich sind. Eine Radfahrsteuer könne von den Provinzen erhoben werden.

Abg. Hansen-Odenburg (rel.) hält diese Qualifikation der Radfahrer für bedenklich; diese selber betrachten sich gewöhnlich als Reiter. Bei dem Etat der Landwirtschaftsverwaltung theilt der

Minister Frhr. v. Hammerstein mit, daß der Abg. Dänkeberg infolge von Beschwerden, die er bei der zweiten Etatslesung vorgebracht, von der Generalkommission um Mittheilung des Thatbestandmaterials in höflicher Form ersucht worden sei. Er habe darauf mit einer nicht unterschriebenen Karte unter Hinweis auf seine Unverlethlichkeit wegen Ausführungen, die er im Hause mache, geantwortet und auf den letzten Jahrgang der „Köln. Ztg.“ Bezug genommen. Der Minister bezeichnet solches Verfahren als ungehörig.

Präsident v. Kröcher: Ohne die Frage zu erörtern, inwieweit Mitglieder der Regierung der Disziplin des Präsidenten dieses Hauses unterstehen, habe ich zu erklären, daß, wenn ein Mitglied dieses Hauses diese Aeußerung gethan hätte, ich dieselbe nicht ungerührt hingehen lassen würde.

Auf eine Anregung des Abg. Schlabig (rel.) erwidert der Minister, daß die Erhöhung der Grundsteuer sich als wirksames Mittel erwiesen habe, die Zollmuthausfälle zu vermindern. In Schlesien liegen die Verhältnisse ungünstiger, weil die aus Oesterreich kommenden vagabunden Hunde dort sehr zahlreich sind und in Oesterreich keine Schutzmaßregeln bestehen. Die Sache solle in Auge behalten werden.

Abg. v. Niepenhausen-Orangen (L.) führt eine Reihe von Wünschen der Fischerei treibenden Küstenbevölkerung vor bezüglich der Anlegung von Zuchtställen; auch der Zeichenscherei könnte man sich in Pommeren und anderen Küstengegenden zuwenden, wenn die Regierung für die nöthige Anleitung hierzu sorgte.

Abg. Knebel (natl.) wünscht ein schleuniges Einfuhrverbot gegen amerikanische Kepselzufuhr, die heimischen Obstpzeugen und die Seiler-Fabrikanten stimmen in diesem Wunsche überein.

Die Abgg. Jansen (Z.), Graf Limburg (L.), Dr. Sattler (natl.) und Szynula (Z.) erörtern nochmals die „ländliche Arbeiterfrage“. Der Landwirtschafts-Etat wird genehmigt. Weiterberatung morgen (Mittwoch) 11 Uhr; außerdem Pfarren-Gehälter. (Es fehlt noch aus der Kultus-Etat.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

**Eingelassene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 27. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nachträge zur Märzfeier. — Lohn, Preis und Profit. Vortrag, gehalten im Generalrath der „Internationale“ am 26. Juni 1895 von Karl Marx. Uebersetzt von E. H. Bernstein. — Rauchsau. Von E. Kautsky. — Aus der Revolutionschronik von 1848. — Wirtschaftliche Rundschau.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 7 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Nacht gegen Nacht. — Und doch! Von Klara Jettin. — Aus der Bewegung. — Zur Lage der technischen Lehrerinnen an den Berliner Gewerbe-Radenschulen. Von M. Kt. — Feuilleton: Ein gutes Gewissen. Von Alexander Rielland. (Fortsetzung.) — Rathenthell von Lily Braun und Klara Jettin: Soziale Gesetzgebung. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Frauenbewegung. — Sittlichkeitsfrage.

**Witterungsübersicht vom 29. März 1898, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand in mm, reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C.)
Swinemünde	758	SSO	2	wolkenlos	4
Hamburg	752	SO	2	wolkenlos	3
Berlin	753	Stil	—	heiter	3
Miesbaden	750	WS	2	wolkenlos	2
München	750	D	4	wolfig	0
Bien	754	Stil	—	Nebel	1
Saparanda	—	—	—	—	—
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	750	ONO	3	heiter	4
Aberdeen	748	S	1	wolfig	3
Paris	750	ONO	1	bedeckt	3

Wetter-Prognose für Mittwoch, 30. März 1898.  
Bleifach heiter, zeitweise wolfig, am Tage warm mit etwas Regen und schwachen südlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

# MAX ARON

eröffnet

in Rixdorf, Bergstrasse 9, Ecke Prinz Handjerystrasse  
**ein Warenhaus**

für Damen- und Herren-Konfektion, Kleiderstoffe, Kostüme, Blusen, Sammet, Seidenwaren, Leinen, Baumwollwaren, Betten, Bettfedern, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken.

Wäsche-Ausstattungs-Magazin

Putz-, Kurz-, Weiss-, Wollwaren, Sport-Artikel.  
Sämtliche Artikel zur Damen- und Herren-Schneiderei.

Spezial-Abteilung: Glas-, Porzellan-, Haus- u. Küchengeräte.

45 vereinte Geschäfte in den größten Städten Deutschlands.

Durch den gemeinschaftlichen Einkauf für 45 gleichartige Warenhäuser genießt die Firma die denkbar günstigsten Vorteile im Einkauf und ist daher in der Lage, nur gute solide Waren zu aussergewöhnlich billigen Preisen verkaufen zu können.

**Aufmerksamste Bedienung!**

**Strengste Reclität!**

Jede Dame spart Geld beim Einkauf

**Modell-Kragen u. Capes, hocheleg. à jour-Stickereien auf Mohr, Seidenplüsch, Tüll, Seidencrapon, Tuch, Rips v. 3-25 M., Reiscostümes v. 8 M. an. Jaquets, neueste Façons, mit u. ohne Seidenfutter, 5-15 M. Frühjahrs-capes, karirt von 7 M., Reiscamäntel 5 M. an. Jetzt Einzeln im Engros-Verkauf also Zwischenhandel in enormer Auswahl**

Landsbergerstr. 59, kein Laden, Max Mosczytz. eine Treppe

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:  
**Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches.**  
Schweinefleisch 40 Pf. [4041L\*]  
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Bereitszimmer ist noch einige Tage zu verg. Schönhauser-Allee 30. 26875

**Nieff's Fest-Säle**  
Weberstr. 17. ca. 1000 Pers. faßb. Sonntag, 26. März, 2. April und Palmsonntag frei. [4450L\*]

**Cösliner Hof**  
Cöslinerstr. 8, 3 Minuten vom Bahnhof Wedding, empfiehlt seine Säle Sonntag, 26. März, 2. April und Palmsonntag an Vereine. [611L\*]

**Nicht mehr tapezieren** ohne Anlag von WANZEN! PRAESERVE-TINCTUR, nur dann allein ist man vor dem Eindringen der Wanzen dauernd sicher, während das bereits vorhandene Ungeziefer gerade hierdurch bekämpft leicht und rationell beseitigt wird. Dieses von Malern und Tapezieren viel gebrauchte Mittel erhält man ebenso wie die radikal wirkenden Spezialmittel gegen Schwaben und Motten unter Garantie nur beim Erfinder selbst, Herrn Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4, in Flaschen zu 60 Pf., 1.- und 2.- Ml. je nach Größe der Zimmer und wird jede schriftliche oder telephonische Bestellung hier selbst nach jeder Wohnung sofort frei zugestellt. [4690L\*]

**Naturbutter** 10 Pf. Co., Br. 5, 75  
Wart. Bienschenitz  
3,80 R. Forzes Nr. 1. Probusna  
Wolgien. 12085

**Milchkübel,**  
Kannen, Salzen, Buttermaßschüben  
Jordan, Al. Rachtstr. 28, 445L\*



Die  
Frühjahrs-Preisliste  
ist erschienen.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung  
Berlin W.,  
Leipzigerstr. 132/133.

**Gardinen** Fenster 3,75 5,25 7,50 M.  
weiss u. crème Meter 60 u. 80 Pf.  
**Gardinenhalter** 13, 25, 38 Pf.  
**Portièren** Stück 2,50 u. 3 M.  
**Kettenhalter** 20 Pf.  
**Tischdecken** 2,25, 4, 6 M.  
**Wollene Schlafdecken** 6,75 u. 9,50 M.  
**Steppdecken, Wollatlas** 5,50 u. 8 M.  
**Plättdecken** 90 Pf., 1,05, 1,50 M.  
**Sofakissen**, bedruckter Satin mit Volant 1,60 M.

**Tapestry-Teppiche**  
Grösse ca. 130/200 165/235 200/295 cm  
10,50 18 27 M.

**Velour-Teppiche**  
Grösse ca. 130/200 165/235 200/295 340/268 cm  
13,50 23,50 36 65 M.

Velour-Vorleger 3,30 M.  
Kokosläufer Breite ca. 67 90  
mit Bordüre 90 Pf., 1,30 M.  
Kokosmatten mit rotem Rande 50 Pf.  
Velour-Fasermatten 1,30 u. 1,65 M.

**Tapeten**  
Rolle 12, 15, 17, 20, 25, 35 Pf.

Länge ca. 50 80 100 125  
**Paneele** 80 Pf., 2,50 3 4 M.  
**Bauerntische** 2,50 M.  
**Handtuchhalter** 75 Pf.  
**Cigarrenschränke** 2,40 M.  
**Bücher-Etagèren** 2,50 M.  
**Bambustische** 90 Pf.  
**Kleider-Riegel** mit 4 Haken 40 Pf.  
**Messerkörbe** 1,20 M.  
**Japan. Dekorationsfächer**,  
ca. 52 cm lang, 38 Pf.

# Warenhaus A. Wertheim

## Grösste Auswahl

neu eingetrossener Formen.

Steifer Rand, weicher Kopf 2,50 u. 3 M. Steifer oder weicher Herrenhut 1,75 bis 3 M. Hochleganter Cylinderhut mit Romogramm 7,50. Extra Haarhut weich oder steif, 4,50 u. 5 M.  
Grosse Auswahl Kinder- und Knabenhüte 1-2 M. [46012]

Am 1. Feiertag bleibt mein Geschäft fekt geschlossen. Gut-Engros-Geschäft.

**Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38.**



## 60 Prozent Nährstoff.

In hundert Theilen Cacao van Houten sind über 60 Prozent wirklicher Nährstoff enthalten, also ein Prozentsatz, welcher von Milch, Brot, Kartoffeln etc. auch nicht annähernd erreicht wird. Hierzu kommt, dass Cacao van Houten durch ein besonderes Verfahren leicht verdaulich ist und auch dauernd genossen, stets schmeckt. Das sind die Gründe, die Cacao van Houten zu einem ausserordentlich gesunden Getränk machen, das für jeden Tag zu empfehlen ist.

**Möbel auf Theilzahlung**  
und ganze **Wohnungs-Einrichtungen**  
bei bescheidener Anzahlung  
und Jahre hinand vertheilt. Lagerbesichtigung erbeten.  
auf **Jahre** Ratenzahlungen. **Kein Kaufzwang.**  
Conlantest und beste Bedienung.  
Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht  
Stets enormes Lager vom einfachsten bis feinsten Genre.  
**Central-Möbel-Halle**  
Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

## S. Neumann's Central-Bazar

62. Andreasstrasse 62.  
Am Donnerstag, den 24. März, eröffne ich in der Münzstrasse 20 (Ecke Kaiser-Wilhelmstrasse) ein zweites Geschäft, bestehend in Glas-, Porzellan-, Emaille-, Kurz-, Galanterie- und Lederwaren und werde mich bemühen, durch gute, preiswerthe Waare mir das Wohlwollen der werthen Kundschaft zu erwerben. 4647L\*

**Möbel und Volkswaaren. Franz Tutzauer,**  
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

**Stepperei im Hause**  
Eine neue **Schuhmacher- Lederhandlung und Schäfte-Fabrik.**  
Sämmtliche **Schuhmacher- Bedarfsartikel**  
Grünstrasse No. 51.  
Achtungsvoll  
**Gustav Krüger.**

Dem Genossen Theodor Meuser gestatten zu seinem heutigen Geburtstag die Genossen. Berlin I. 1-5.  
Kleiderbind, Wäschebind, Bettdecken, Matrasen, Rückenstühle u. l. m. billig. Langestr. 10, T. 1212.

**Arbeitsmarkt.**  
Achtung, Ciseleure!  
Die Kollegen der Firma Gladenbeck Sohn, Aktien-Gesellschaft, Filiale Budapest, sind sämtlich in Streit getreten. Wir eruchen hiermit Stellenangebote nach vorhin nicht anzunehmen. 74/10 Die Ortsverwaltung.  
Packer verlangt G. Rutenberg.  
Kartonsarbeiterin, gelbe, verlangt S. 1112, Georgenstr. 37.

**Schriftmaler,**  
gelbt, dauernde Beschäftigung, sucht **Hecker, Prinzenstr. 32.**  
Blouen-Arbeiterinnen t. u. a. d. d. vert. Kiebel, W., Rogner. 90. 126746

**Putzfedern.**  
Junge Mädchen zum Lernen bei dreimonat. Gehalt u. sofortigem Gehalt verlangt. 12126  
Adolf Rosen, Gertraudenstr. 23.

**Tüchtige 4638C\***  
**Kesselschmiede und Verstemmer**  
finden bei hohem Lohn, dauernde Beschäftigung. Da mit Vorkenntnissen sowie Zeugnisnachweisen erbiten Dampfschiffs- u. Maschinenbau-Anstalt der Oesterr. Nordwest-Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft.  
Dresden, Leibnizstr. 27/29.

**Tüchtige Farbigmacher** und ein **Lehr- u. Bergold. verl. H. Bergemann,**  
Branzenstr. 66. 28095

**Tücht. Bilderrahmenmacher**  
verl. **Arthan, Spittelauer Ufer 32.**  
26945

**Dirigent**  
für Mittwoch (sucht Arbeiter-Gesangsverein Postfischer Platz 2, Refektorium).

**Bilderrahmen-Fabrik**  
sucht jemanden, der mit dem Kunsthandel Bescheid weiss, für Reise.  
**F. B. Postamt 15.**

**Tüchtige Goldpoliererin**  
(die vergolden kann, bevorzugt) verl. **Belmonte & Co., Köpenicker 22.**

**Geldschrank-Schloßer,**  
gelbt und tüchtig, finden dauernde Beschäftigung.  
**S. J. Arnheim,**  
63/15\* Badstr. 10/11.

**Maschinenschloßer,**  
der mit **Briefumschlag-Maschinen** gut Bescheid weiss, wird für Sao Paulo in Brasilien gesucht.  
Verteile würde sich für 4-6 Monate verpflichten und kann nach dem angenehmen Bescheid erhalten. Einreise frei und falls Vertreffender nach Ablauf obiger Zeit nicht dort bleiben will, wird die Rückreise vergütet.  
Bei Offerten an Herrn **Königswald in Potsdam, Billa George,** erbeten, der auch jede nähere Auskunft erteilt. 27036

## Eine Zuckerin-Tablette

zu 2 Pfennig

ist so süß, dass der Süßwerth von 1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig kostet. 1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig.

Man verlange ausdrücklich „Zuckerin“-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten geriefelten Form zu erkennen ist.

Zu haben bei:

**Berlin N.**  
Central-Drogerie Dr. E. Kuhlmann, Friedrichstrasse 134.  
O. A. Hesterberg, Elsassstr. 97 und Luisenstr. 39.  
Aug. Schönebeck, Zehdenikerstrasse 1. P. Renolin, Reinickendorferstr. 25a. H. Bossfeld, Reinickendorferstr. 14 und 29. Hugo Schultz, Müllerstr. 106a.  
Werner Kapell, Brunnenstrasse 115. Albert Hamhold, Prinzen Allee 18. Albert Hasseloff, Wriezenstr. 30 und Biesenhalerstr. 15. Hermann Schudziars, Exercierstrasse 22. Albert Jung, Wörthstr. 39 und 28. Hugo Staab, Marienbad-Drogerie, Badstr. 45/46. F. W. Holmholz, Templinerstr. 7.

**Berlin NW.**  
Hoffmann & Schinke, Thurmstr. 77. Sally Fabian, Drog. g. Burggrafen, Bachstr. 11. Rudolf Fink, Thurmstr. 10.  
E. Klüber, Stromstr. 62. Emil Hauke, Babelstr. 11 und Dreyestr. 18. Sabel & Hauke, Wilsnackerstr. 38.  
Hermann Cornick, Rathenowerstr. 79.

**Berlin W.**  
J. C. F. Schwartz, Leipzigerstrasse 112. Curt Winger, Markthalle, Mauerstrasse. W. Marzahn, Potsdamerstr. 16.  
F. L. Harnisch, Potsdamerstr. 22. G. Wendler, Matthäikirchstr. 10. A. Freitag, Potsdamerstr. 82. Lützow-Apotheke, Lützow-Platz. Eugen Gowan, Linkstr. 37.

**Berlin SW.**  
Heinrich Rottmann, Blücherstr. 15. Paul Löschen, Fährbringerstr. 18. W. Richter, Halleschestr. 15. H. Dölle Nachf., Kommandantenstr. 39.

**Berlin S.**  
Hugo Welter, Kottbuserdamm 42. O. Knauth, Kommandantenstr. 30. W. Ebel, Prinzenstr. 6 u. Gitschinerstrasse 58. R. Seebe, Alte Jakobstr. 71. Albert Gehrke, Bärwaldstr. 53.

**Berlin SO.**  
J. Schulze, Lansitzerstr. 5/6. A. Peggow, Reichenbergerstr. 53. Reichenbergerstr. 1. Kottbuserstr. 4a und Görlitzerstr. 66. Gustav Wittig, Pücklerstr. 41 und Eisenbahnstr. 41/42. A. Wegener, Muskanerstr. 13. Theodor Lott, Mantuffelstr. 119.

**Berlin O.**  
Adolf Wolff, Holzmarktstr. 68. Theater-Drogerie, Wallnertheaterstr. 18. F. Kornstädt, Blumenstr. 14. H. Schmidt, Andreasstr. 77b.

**Berlin C.**  
Fr. Schulz, Alte Leipzigerstrasse 16. R. Sauer, Kaiser Wilhelmstr. 47. Albert Tannhäuser Nachf., Breitestr. 18.

**Charlottenburg.**  
Ad. Schädlér, Pestalozzistr. 10. E. Zimmerling, Kantstrasse 150a.

**Gr. Lichterfelde.**  
H. Kuhnert, Drakestrasse 66a und Dahlemerstrasse 77.  
E. L. Grothe, Jungfernstieg 4.

**Reinickendorf.**  
G. Sonnenstuhl, Provinzstr. 105.

**Pankow.**  
Hugo Lautenbach, Wollankstrasse 135. Gebr. Hartung, Breitestr. 16.

**Rummelsburg.**  
Reinhold Passack, Goethestrasse 45. Hermann Kalisch, Türschmidtstr. 1.

**Spandau:** Otto Nowack.

## Zigarren-Geschäft

Mein seit 1894 bestehendes [20835] Zigarren-Geschäft ist wegen Vergrößerung meines Verlags sofort billig aber bar zu verkaufen. Da ich meine Zucht u. d. l. Ernte verl. kann Käufer auch die hint. d. Vaden liegende Wohnung gleich beziehen.  
A. Hoffmann's Verh., Blumenstr. 14.

## Wegen Räumung.

**Gardinen** und [42080] **Stores** crème und weiss fabelhaft billig.

**Gardinen-Lager**

**J. Adler**

Spandauerstrasse Nr. 30, gegenüber dem Rathhause.

Gardinen-Abbildung gratis u. franco

**Grosse Betten 11,50 M.**

Kompletter Stand, enthalten: Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen für 11, 13, 15, 16, 19, 20.

Doppeltgereinigte

**Bettfedern und Dauen**

von 50 Pf. pro Pfund an bis zu den feinsten Qualitäten.

**Bettstellen** zu allen Preisen!

**R. & S. Moses**

4. Reinickendorferstr. 4, an der Markthalle. [45392]

**Rudolf Moses,**

41. Metzgerstrasse 41.

**Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben**

Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Feinleider etc. werden unter Garantie des guten Zinses zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Theilzahlung** monatl. 10 Pf. liefert Herren-Garderobe nach Maß Tomporowski, Stralauerstr. 56 (Vaden).

**Betten** Strohbetten, Gardinen, Wäsche, Portièren, Chaiselongue, Tischdecken.

**Sommerpaletots,** Anzüge, Hüte, Regulatorien, Reifschloßer, Operngläser, sportlich Handliche Reiserühr. 6.

**Margarine** kaufen Sie für 50 und 65 Pf. à Pfund hochfein und frisch [44200] **Markthalle** Treppenstr. 200-201 und Plan-Her 96, a. d. Kottbuser Str.

**H. Bothe** (Gegr. 1884.)

Befandl. nach allen Stadttheilen.